

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

-,30

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI - STRAUSS - KOMITEE

(Nr. 31 Juni/Juli 1978)

ALTER NAZI-SYMPATHISANT BEKOMMT MASCHINENGEGWEHRE UND HANDGRANATEN

"An uns Bayern liegt es heute zur Wiedergenesungszelle des anderen Reiches zu werden" (A. Hitler)

"Wenn die Verflachung der Politik beginnt dann wird aus den bayrischen Bergen die Rettung kommen" (F. J. Strauß)

Im Herbst dieses Jahres macht sich Franz Josef Strauß zum Ministerpräsidenten in Bayern. Er tut das ganz sicher nicht, um sich aus der Bundespolitik zurückzuziehen, sondern im Gegenteil, um sich eine stärkere Machtposition für die Übernahme der "nationalen Verantwortung" (Strauß) zu schaffen. Außerdem war ja auch der letzte Kanzlerkandidat der Union Ministerpräsident. Auf die Machtübernahme in Bayern hat sich Strauß schon gut vorbereitet. Sein Innenminister, den er bereits 1977 hat einsetzen lassen, heißt Alfred Seidl und hat noch 1946 den Faschismus nicht etwa als Terror und Mord an den Völkern der Welt, sondern als "den Kampf um eine nationale Wiedergeburt des deutschen Volkes" bezeichnet. Diesem selben Seidl sollen nun noch vor den bayer. Landtagsferien neue Polizeigesetze an die Hand gegeben werden, die den Todesschuß und den Einsatz von Handgranaten durch die Polizei vorsehen. Welche Rettung uns aus den bayrischen Bergen erwartet, und

welche Menschen und Methoden diese Rettung bringen werden, kann an der Person Seidl und dem neuen Polizeigesetz abgelesen werden.

Als Seidl vor einem Jahr somit zum obersten Chef der bayer. Polizei und Verfassungsschutzes wurde, erregte dies wenig öffentliches Aufsehen. Dabei war Dr. Seidl vor einigen Jahrzehnten, nach 1945, in Deutschland ein sehr bekannter Mann. Denn Seidl war vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg der Verteidiger der führenden Nazis Rudolf Heß und Hans Frank; später verteidigte er auch noch die SS-Henker Dietrich, Huppenkothen und Simon.

Dabei fiel Seidl kaum als der Verteidiger dieser Nazis, aber als Verteidiger des Nationalsozialismus insgesamt auf. Die Frankfurter Rundschau schrieb dazu: "Man könnte auch dagegen wieder nichts sagen, wenn sich Dr. Seidl als Verteidiger auf den reinen Rechtsstandpunkt beschränkt hätte. Aufhorchen ließen aber seine wiederholten ideologischen Kommentare ..." Seidls "Verteidigung" verlief nach folgendem Schema: Das "Hauptanliegen" der Nazis, nämlich die Benachteiligung, Mißachtung, den "mangelnden Lebensraum" und die "mangelnde Beteiligung an den materiellen Gütern der Welt"

der Deutschen zu beseitigen, war vollkommen berechtigt. Legal war Hitler an die Macht gekommen, legal waren die Notverordnungen, mit denen die Nazis die Grundrechte außer Kraft setzten. Das Streben nach "mehr Lebensraum" für die Deutschen war ebenso berechtigt wie eine Neuverteilung der Güter der Welt. Die Nazis wollten keinen Krieg, vielmehr bedeutete die Annexion Österreichs und der Einmarsch in die Tschechoslowakei sowie der Angriff auf Polen eine Korrektur der durch den Versailler Friedensvertrag geschaffenen territorialen Probleme Deutschlands; erst durch das Eingreifen Frankreichs und Englands sei ein europäischer Krieg entstanden. Natürlich sind Verbrechen vorgekommen, natürlich war Hitler ein "Gewaltmensch", aber dafür sei aufgrund seiner überragenden Stellung nur Hitler verantwortlich zu machen; zudem sei nach damaligem Recht der Beginn eines Krieges kein kriminelles und daher strafbares Unrecht gewesen.

"Das Ziel der Nationalsozialisten vor der Machtübernahme kann mit wenigen Worten ausgedrückt werden: Befreiung des deutschen Volkes von den Fesseln des Versailler Vertrags, Beseitigung der infolge dieses Vertrages und der unvernünftigen Reparationspolitik der ehemaligen Feinde Deutschlands entstandenen ungeheuren Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Verfallserscheinungen auf politischem, wirtschaftlichen, sozialem und moralischen Gebiet und der Wiederherstellung der Souveränität des Deutschen Reiches auf allen Gebieten!"

Scheinbar berechtigte Ziele also? Als hätte nicht Hitler schon in den 20-er Jahren sein menschenverachtendes Programm von Herren- und Untermenschentum, von deutscher Rasse und Vernichtung jedes Andersdenkenden in "Mein Kampf" niedergeschrieben!!!

Stattdessen rechtfertigte Seidl vollkommen die Aggressionspolitik der Nazis: "In der Tat ist aber die Frage des 'so genannten Lebensraums' ein Problem, das von der nationalsozialistischen Ideologie völlig unabhängig ist und bestimmt wird von der Größe des Raums und der Volkszahl. Mit dieser Frage mußte sich und muß sich jede deutsche Regierung auseinandersetzen. Wenn ein Argument Hitlers im deutschen Volk einen nachhaltigen Widerhall gefunden hat, so war es die von ihm erhobene Forderung nach einer angemessenen Beteiligung des deutschen Volkes an den materiellen Gütern der Welt Ich brauche im einzelnen nicht zu begründen, in wie unzureichen-

der Weise die wichtigsten Rohstoffe verteilt sind und daß bestimmte Rohstoffe monopolisiert sind. Sicher ist, daß die Erbitterung über die ungerechte Verteilung der materiellen Güter der Welt im deutschen Volk umso größer sein mußte, als nicht nur jede vernünftige Revision abgelehnt, sondern darüber hinaus von der Gegenseite in nicht mißzuverstehender Weise die Völker in zwei Klassen eingeteilt wurden, nämlich in die "Besitzenden" und die "Habenichtse". In der Tat konnte diese Klassifizierung als nichts anderes, denn als Hohn empfunden werden! Die mangelnde Beteiligung an Rohstoffen und "materiellen Gütern der Welt" war für die Besitzenden Deutschlands tatsächlich der Grund, Hitler an die Macht zu bringen, wie z. B. für das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das pro verkaufte Tonne Kohle ab 1931 -.05 RM an die NSDAP zahlte.

Seidl stellt damit die Ausplünderung und Unterjochung anderer Länder und Völker als vollkommen legitim dar, weil es ja den Deutschen nütze.

Auch zu den Konzentrationslagern hat sich Seidl in seiner "Verteidigung" geäußert: "Sieht man von den in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen ab, so erscheint es zumindest zweifelhaft, ob nicht einer Besatzungsmacht das Recht zuerkannt werden müsse, derartige im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit notwendigen Maßnahmen zu ergreifen."

Sieht man von einigen Verbrechen ab, so ist der Faschismus eine gute Sache gewesen, damit ließe sich wohl am besten Dr. Seidls politischer Standort benennen.

Als 1958 Strauß Dr. Seidl zum Staatssekretär im bayrischen Justizministerium machen wollte, war der Protest in der Öffentlichkeit so groß, daß ihm dies nicht gelang.

Die Frankfurter Rundschau schrieb damals dazu:

..."es wäre für den Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß so schön gewesen, den bekannten Strafverteidiger der großen Naziprozesse, Dr. Alfred Seidl, in der bayer. Regierung untergebracht zu wissen, doch es hat nicht sollen sein, denn Ministerpräsident Dr. Hanns Seidel fand es doch zu riskant, der bayerischen Justiz einen Mann als Staatssekretär vorzusetzen, der sich die Nachkriegsjahre hindurch wärmstens für das Wohl und Wehe einiger prominenter Nazi-Hasardeure eingesetzt hatte."

Was 1958 durch einen Proteststurm der Öffentlichkeit verhindert werden konnte, nämlich daß dieser Seidl ein öffentliches Amt bekleidete, ging zwei Jahrzehnte später glatt über die Bühne. Seidl fordert heute die Todesstrafe und war als Staatssekretär dafür verantwortlich, daß mit dem Berufsverbot für Charlotte Nieß die Berufsverbotspraxis noch ein Stück weiter, nämlich auf Sozialdemokraten, ausgedehnt wurde.

Aber nicht nur Straußens personelle Vorkehrungen sollen glatt und unbemerkt über die Bühne gehen.

Der bayer. Ministerrat hat am 3.5.78 den Entwurf für ein neues "Polizeiaufgabengesetz" gebilligt. Dieses Gesetz soll noch vor der Sommerpause im Landtag verabschiedet werden.

Diesem Gesetz liegt der 'Musterentwurf des einheitlichen Polizeigesetzes - beschlossen auf der Innenministerkonferenz vom November 77 -' zugrunde, und dieser Musterentwurf stellt wiederum eine wesentliche Verschärfung der Bonner Antiterrorgesetze auf Länderebene dar.

Während die Bonner "Antiterrorgesetze" Aufsehen und Protest erregt hatten, sollen in den Ländern unbemerkt von der Öffentlichkeit Gesetze, die in allen wesentlichen Punkten weitaus schärfer gefaßt sind, still und leise über die Bühne gehen.

So sieht dieses Polizeiaufgabengesetz die Legalisierung des gezielten Todesschusses vor, der Einsatz von Handgranaten und Maschinenpistolen als Polizeiwaffen wird erlaubt.

Der Innenminister Schwarz von Rheinland-Pfalz führte dazu in einem Interview mit dem Spiegel aus: ... "es gibt Fälle, in denen sie angewendet werden dürfen und müssen, z. B. in einer vorrevolutionären Situation."

Für den Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren gibt es allerdings eine Einschränkung: der Innenminister muß ihn anordnen, der Innenminister Seidl.

Das Beispiel des niedersächsischen Justizministers Puvogel, der wegen faschistischer Äußerungen in seiner Doktorarbeit aufgrund der öffentlichen Proteste zurücktreten mußte, zeigt, daß eine demokratische Öffentlichkeit auch heute erreichen kann, was sie 1958 gegenüber Seidl geschafft hat.

Noch vor der Sommerpause soll das neue Polizeiaufgabengesetz im Landtag verabschiedet werden.

Höchste Zeit also, daß die Öffentlichkeit davon erfährt, was da auf uns zukommt.

Der Inhalt dieses Todesschuß- und Handgranaten-Gesetzes muß bekannt gemacht werden. Auf Veranstaltungen mit den Gewerkschaften (besonders der Polizeigewerkschaft, die ja jetzt auch Mitglied im DGB ist), mit Fachleuten aus der Vereinigung Demokratischer Juristen und jedem engagierten Demokraten kann die volle Tragweite dieses Gesetzes der Öffentlichkeit erklärt werden. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, was solche Gesetze in den Händen von Seidl und Strauß bedeuten.

Ob aber die Landtagsabgeordneten von SPD und FDP ihr Veto einlegen werden?

Es liegt an uns, den Protest anzumelden. Auch die Presse hat bisher nur mit einer kleinen Notiz auf diese Gesetzesänderung hingewiesen. Wenn jetzt nichts geschieht, wird dieses Gesetz mit seinen mörderischen Folgen unbemerkt über die Bühne gehen. Im Juni hat "Amnesty International" die Öffentlichkeit auf dieses bevorstehende Gesetz aufmerksam gemacht und Protest angemeldet.

Das Anti-Strauß-Komitee ruft alle Demokraten auf, gegen die Verabschiedung des neuen PAG zu protestieren.

(Auf Anfrage stellen wir gerne sämtliches Material zur Verfügung).

Quellenangabe:

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. Nov. 1945 bis 1. Okt. 1946 Amtl. Wortlaut: Text in dtsh. Sprache Nürnberg: Internationales Militärgericht 1947, Bd. 12 - 19

'GRAUE WÖLFE'

Am Christi-Himmelfahrts-Tag sprach der türkische Hitler-Verehrer, Chef der faschistischen "Nationalen Bewegungspartei" und Anführer der Morde- und Terrorgruppen "Graue Wölfe", Alparslan Türkeş in Ulm. Wie man von Teilnehmern hörte, soll er vor 15000 Zuhörern fanatische Haßtiraden gegen sozialdemokratische und kommunistische Türken ausgestoßen haben. Er begnügte sich nicht damit eine Progromhetze anzuschüren, sondern forderte auch ein Großtürkisches Reich, das natürlich nicht eben friedlich geschaffen werden könne.

Man sieht, Faschisten aller Länder gleichen sich. Schließlich sind sie die zur Dreck- und Blutarbeit ausersehene Stoßtruppe der reaktionärsten und brutalsten Kreise der Finanzwelt, der Industrie, des Groß-

Fortsetzung siehe Seite 5

Banken und Konzerne schicken Strauss nach vorn

Von Goppel persönlich zum Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten von Bayern avisiert, erklärte Strauss dann gnädig im November 77: "Ich habe mich dazu entschieden".

Das entsprach seiner Haltung, die er immer wieder nach außen zur Schau trägt: Ich dränge mich nicht danach - aber bitte, wenn man keinen besseren findet - dann will ich mich meiner Pflicht nicht entziehen. Pflichtbewußtsein, Mut zur Verantwortung und der Wille auch in den verfahrensten Situationen seinen Mann zu stehen - das ist das Image, das Strauss haben will, gerade jetzt, wo in allen Lebensbereichen deutlicher und allen spürbar die Probleme zutage treten, die dieses Krisensystem jeden Tag hervorbringt. Und Strauss rechnet mit dieser Realität - bis zum Schluß. In Sonthofen sagte er deutlich: "Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir gehört werden." Heute bereitet er sich für diesen Tag X vor und baut gleichzeitig seine Mannschaft auf.

DIE MACHT AM RHEIN EROBERN:

Daß die Unionsparteien wieder in Bonn regieren wollen, ist selbstverständlich. Daß für die BRD aber eine politische Richtung an die Macht kommen soll, die dann, "wenn's tief genug gesunken" ist, dem chilenischen Vorbild bestimmt in nichts nachstehen wird, das ist das Ziel von Strauss. Was heute noch nicht ist, hindert keinen Strauss daran, das alte Ziel nie aufzugeben und Schritt für Schritt sich nach vorne zu schieben, derzeit nach dem Gesichtspunkt: legal und demokratisch muß es aussehen. Alte und neue Nazis leisten dabei gute Hilfsdienste; denn: Je offener sie ungehindert ihre faschistischen Ziele propagieren, je gewalttätiger die Stoßtrupps von rechts dreist ihre Stunde wieder einmal kommen sehen, desto eleganter nimmt sich Strauss dabei aus, das demokratische Mäntelchen umgehängt, von Skandalen

und Affären reingewaschen. Mit Unterstützung von Bayernkurier und Springer-Presse wird gleichzeitig kräftig gegen links die Terrorismus-Hysterie geschürt: Schuld an dem Chaos ist nicht dieses Wirtschaftssystem und seine Folgen, sondern wieder einmal die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, die Linken, die Kritischen und Engagierten, die Intellektuellen, Schriftsteller und Künstler, die Lehrer und sozial engagierten Christen, Pfarrer usw... Hat man den Schuldigen gefunden, ist die Lösung auch gleich parat - weiß man doch aus der Vergangenheit, daß es "unterm Hitler soetwas nicht gegeben hätte". Nochmal Faschismus? Nein, das will man heute gerade nicht sagen; aber ein kleiner Hitler, der wär schon manchmal recht: So einer, der was kann, der's allen recht machen wird, der wieder alles in Ordnung bringt.

DIE ERSTE RUNDE BEGINNT:

Strauss hält sich zur Verfügung, baut sich als die einzige Alternative auf. Erst als der Erste in Bayern, dann mit Bayern für Deutschland und mit Deutschland für Europa. So der Wahlspruch der CSU. Jetzt aber erst mal den anderen zeigen, wie man einen Freistaat regiert, mit einer strammen CSU-Zimmermannschaft und einem Innenminister, der seine ersten Sporen sich bei den Nazis verdient hat. Ausgestattet mit einem mörderischen Polizeigesetz wird man jeder Situation beikommen, falls einige rebellisch werden sollten. Rechtzeitig fordert auch die CSU schon die Einführung der Todesstrafe und Arbeitshäuser - für die Unwilligen; da darf man hoffen, daß andere Bundesländer sich ein Beispiel nehmen; Alt-Nazi Filbinger (Baden-Württemberg) und bewährte Kämpfer vom Schlage der Albrecht's (Niedersachsen), Dregger (Hessen) und Carstens werden dafür sorgen.

Heute ein bayrischer Ministerpräsident, morgen ein deutscher Spitzenpolitiker im Europaformat, der - "zum Dienen geboren" (Strauss über Strauss, nach Aussagen seiner Frau) - dann, wenn er gebraucht wird, sich auch als Kanzler zur Verfügung stellen wird.

Vor einigen Wochen hatte Strauss sich als Spitzenkandidat der CSU für die Wahl zum Europaparlament präsentiert. Das Spektakel um die Europawahl diene ihm als willkommenes Anlaß, einerseits sein "Weltformat" zur Schau zu stellen und andererseits die CDU daran zu erinnern, daß die Diskussion um eine 4. Partei noch lange nicht abgeschlossen ist. So droht die CSU ihrem Unionspartner

immer wieder mit einem Alleingang auf Bundesebene und macht auch deutlich, wie ernst sie es meint: Im Sommer 79 zur Wahl des Europaparlaments soll die CSU mit einer bundesweiten Liste antreten, zum "Probelauf". Auch eine 4. Partei zu den Bundestagswahlen - daß diese auch CSU heißen könne, sei denkbar - wird immer wieder geschickt ins Gespräch gebracht, jedenfalls starte man nun einmal zur Europawahl den "Testlauf" für bundesweite CSU-Listen. Zukräftigte Listen-Mitbewerber stehen bereit, so z.B. der alte Strauß-Freund Otto von Habsburg; er wurde rechtzeitig "heimgeholt", und versehen mit einer neuen Staatsbürgerschaft, kann er nun als "echter Deutscher" für eine politische Richtung werben, die er vor kurzem noch so empfahl: Eine befristete faschistische Diktatur - das würde in diesem Lande alle Probleme lösen. Die CDU muß mitmachen. Dafür wird Strauß sorgen. Schon einmal hatte er, im Anschluß an Kreuth, wo er mit der Spaltung drohte, die CDU auf seinen Rechtsaußen-Kurs gebracht. Das beweisen die letzten zwei Jahre Unionspolitik: Die verschärfte Fassung der "Antiterrorgesetze", der Ruf nach Todesschuß, Todesstrafe, die Rechtsfertigung und volle Deckung seiner Chile-reise, sowie die Verteidigung von alten und neuen Nazis. Die Union mußte Geschlossenheit zeigen, absolute Linientreue bezüglich der Positionen, die vom reaktionären Gehalt her in nichts einem Strauß-Kurs nachstehen. Solange es der CDU gelingt, als "Volkspartei der Mitte" die Wähler unbemerkt nach rechts zu ziehen, wird man nach der Taktik 'Getrennt marschieren - vereint schlagen' verfahren. Vorsorglich aber strebt Strauß dennoch den Aufbau einer bundesweit straff ausgerichteten ultrarechten Partei an, um falls eine radikale Rechtswendung der Machtverhältnisse in Westdeutschland zu erzwingen. Und zwar will Strauß der sozialliberalen Koalition den Garaus machen mittels eines Rechtsaußenblocks, straff organisiert, auf Linie getrimmt, kompromißlos, stark. Wer hinderlich ist, wird überrollt. Dieses Schicksal droht auch der CDU, solange sie ihren Koalitionskurs mit der FDP beibehält, solange sie ihre reaktionäre Linie nach außen hin zu verbrämen versucht mit konservativem Mäntelchen und nicht bereit ist, sich eindeutig zum Strauß-Kurs zu bekennen. Die Stärke der Straußschen Rechtspartei soll gerade ihre Kompromißlosigkeit um jeden Preis sein. Dieselbe Waffe wurde in Sonthofen bereits eingesetzt: "Die Stunde der Wahrheit ist gekommen"... Fronten aufbauen, wer dazwischen steht, wird

zerrieben oder vom Rechtsblock aufgesogen. Für die FDP muß dies eine Warnung sein. Die Ergebnisse der Landtagswahlen machen deutlich, daß ihre Existenz gefährdet ist, daß die Rechnung von Strauß aufgehen könnte.

Für ihn allein? Nein, dieser Mann arbeitet nicht für sich allein. Da hätte er wahrhaftig schon genug erreicht, um sich ein sorgenloses Leben zu machen. Dieser Mann will mehr. Und das nicht erst seit heute; seit über 20 Jahren verfolgt dieser Mann konsequent jene Politik, welche die ultrarechten und reaktionären, am meisten chauvinistischen Kreise der Großindustrie und des Finanzkapitals wünschen. Für sie ist Strauß da, für sie ist er der "kommende Mann".

Denn je mehr sie in die Krise wirtschaften, je deutlicher sie spüren, daß ihre unumschränkte Macht nicht auf Ewigkeit ohne Widerstand hingenommen wird, umso nötiger haben sie einen Mann, der ihnen garantiert, mit eisernem Besen für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Heute schicken sie ihn in die erste Runde. Getarnt als bayerisches Staatsoberhaupt soll er antreten.

Es liegt an den Demokraten in Bayern und im ganzen Land, ob sie rechtzeitig erkennen, wer ihnen gegenübersteht und was uns allen bevorsteht, wenn nicht diesmal einmal unsere Rechnung aufgeht.

Fortsetzung von Seite 3 (Graue Wölfe..)

grundbesitzes. Bei den türkischen Faschisten entspricht der Mythos der Turan-Rasse dem "arischen Herrenvolk", der "Lebensraum", den es zu erobern gilt, liegt in Turkestan bis zum Altai-Gebirge.

Die Anhänger von Alparslan Türkeş unter den Türken in der Bundesrepublik arbeiten mit den "Jungen Nationaldemokraten" (Jugend der NPD) zusammen, besonders im Frankfurter Raum. Die Hetze der NPD gegen ausländische Arbeiter stört die türkischen Faschisten natürlich nicht, ist es doch ihre eigene Hauptaufgabe, türkische Gewerkschafter, Kulturvereine und Linksparteien zu terrorisieren.

Der Chef der "Grauen Wölfe" hat sich übrigens am Sonntag vor seiner Ulmer Rede mit F.J. Strauss unterhalten. Das überrascht nicht. Findet Strauss doch Staaten, in denen gewütet und gefoltert wird, ganz in Ordnung, geht dort (wie in Chile) ein und aus und organisiert die wirtschaftlich-politischen Fäden.

Geschichtsbild und Demagogie:

FILBINGER - nein danke !

Die Frankfurter Abendpost/Nachtausgabe, also eine finstere, ja direkt schwarze Angelegenheit, verdüsterte den heiteren Sonntag, 21. Mai 1978, vor allem durch einen Kommentar ihres Chefredakteurs F. K. Müller. Er schreibt über den unsäglichen Filbinger, nein, nicht über den, sondern über die, die angeblich versuchten, einen Politiker "fertigzumachen". In jedem halbwegs anständigen Staatswesen wäre dieser Filbinger allerdings moralisch bereits erledigt, man wäre mit ihm fertig, aber im Berufsverbotsland verzeiht man die arglosen, täppischen Jugendsünden unreifer 31-jähriger Juristen, die ja nur "in schlimmer Zeit" helfen, Todesurteile zu fabrizieren, in aller unschuldigen Furchtbarkeit. Müller mimt erst gar nicht den Moralisten, sondern moniert, daß Filbingers "politische Vergangenheit" (es ist ja nur eine tödlich juristische ...) gerade jetzt, vor Landtagswahlen, "ausgegraben" werde. Ein interessanter, konsequenter Standpunkt, denn - da immer irgendwelche "Wahlen" anstehen - hätte die braune Reserve Ruh'. Nicht die Taten des Filbinger - der nichts lernt und nichts bereut, sondern gar von der Rechtmäßigkeit der Nazi - "Rechtssprechung" plaudert - beunruhigen den Müller, dem Gottes Mühlen nicht langsam genug mahlen können, sondern die "Kampagne" gegen Filbinger, der sich gleich von einer "Kampagne Linksextremer" verfolgt fühlt. (Mit solcher Bezeichnung darf man heute ohne Strafe des Gelächters SPIEGEL und ZEIT ehren.) Und Müller unterstellt die Ungeheuerlich-

keit, diese Kampagne erinnere nicht nur an das 3. Reich, sondern auch an die Nachkriegszeit mit den Spruchkammerverfahren gegen jene, die wollten, daß erst Deutschland und dann die ganze Welt in Scherben fällt. Müller schützt die verfolgte Unschuld des Berufsverbieters Filbinger und meint, das Aufdecken der Spießgesellschaft des Filbinger wecke fatale Erinnerungen.

"Erinnerungen nicht nur an jene Zeit, in der ein Mann den tödlichen Zwängen einer unmenschlichen Zeit unterlag", Zwänge, die er heute noch als rechtens empfindet Und unmenschlich sind die, die an Filbingers Unmenschens-Zeit erinnern und sagen, umgewandelt müsse er nicht ausgerechnet Ministerpräsident sein, "(wie viele andere, die ihre Schuld verdrängt haben und munter mitreden über jene, die sich nicht verstecken können)." "

"Erinnerungen auch an jene Nachkriegsjahre, in denen wiederum die Denunziation ihre giftigsten Blüten trieb." Denunziation ist: einen Nazi einen Nazi nennen. Staatsbürgerliches Ruhmesblatt ist: wenn von 20 000 "Hinweisen" auf die Schleyer-Entführer einer stichhaltig ist. Und gerade aus Filbingers düsterer Partei-Ecke kommt der sympathische Vorschlag, auch das Nicht-Anzeigen von Familienangehörigen zu bestrafen ...

Man müsse, meint Müller, nicht unbedingt einen Zusammenhang zwischen der 'neuen Entnazifizierung und dem Geschehen um die Berufsverbote' sehen, aber es werde der Versuch gemacht, einen Mann zu schmähen, nur weil er einem nicht passe. Es werde die vorgeprägte Formulierung "Mitwirkung an einem Todesurteil" wieder aufgegriffen, dabei sei Filbinger nur der Ankläger und nicht der Richter gewesen, das sei ein erheblicher Unterschied.

Ich habe wirklich schon gelungenere demagogische Verschleierungs-Idiotien gehört. Filbinger also forderte nur ein Todesurteil, das dann - alle überraschend - ein Richter aussprach, der sagen wird, er sprach bloß aus, was andere forderten, und die verblüffende Hirnrichtigkeit einer Heuchelei wird ruchbar, die sich zu allem Überfluß noch christ-

lich nennt. Ein Rückversicherungssystem, dem zu verdanken ist, daß kein einziger Nazi-Richter je wegen Rechtsbeugung verurteilt wurde. Daß Filbinger ein Todesurteil nur forderte, nicht aussprach, wo eine Haftstrafe möglich war, selbst und gerade nach den ominösen Führer-Richtlinien über "Fahnenflucht", sei ein erheblicher Unterschied, den man vor der Öffentlichkeit nicht verschleiern solle.

Nein, diesen Unterschied sollte man tatsächlich nicht verschleiern, sondern geradezu als verschärfend öffentlich einbringen, denn gerade Filbingers Forderung nach der Todesstrafe dürfte es einem nicht so furchtbaren Richter umso schwerer gemacht haben, sie zu vermeiden.

"Die Männer aber, die nun zu Gericht ((?)) sitzen über den damaligen Ankläger, machen es sich trotz aller Sorgsamkeit beim Ausgraben der Fakten Wären sie bloß vergraben geblieben, heißt das, leicht. Sie sollten Filbinger zumindest das zubilligen, was mit soviel

Vehemenz in den Verfahren gegen effektive Mörder und Totschläger gefordert wird: ein faires 'Verfahren', unter Berücksichtigung aller Umstände, die im Jahr 1945 herrschten, sofern die Urteilenden überhaupt eine Ahnung haben, was damals wirklich geschah."

Mit diesem düsteren Appell verendet der Artikel über den verfolgten Dissidenten und mit der Forderung nach dem, was dieser Filbinger tatsächlich verdiente: ein ordentliches Gerichtsverfahren - auch wenn kein Jurist dem anderen ein Auge aushackt.

Der Müller aber meinte mit 'fairem Verfahren' einfach die Anerkennung der lebenswürdigen Tatsache, daß die restaurative BRD Fortsetzung der deutschen Geschichte mit etwas anderen Mitteln sei: also Schwamm drüber.

Ich aber fordere tatsächlich ein Verfahren gegen den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, zumindest wegen Beihilfe zum Mord!



Zeit 33 pausenlos in Sorge um Deine innere Sicherheit.

Alumenschrift Filbinger (Marinistabericht a. D.)



„Hoch-Huth“

Heilbronner Stimme

Filbinger 1935: "Erst der Nationalsozialismus schuf die geistigen Voraussetzungen für einen wirksamen Neubau des deutschen Rechts."

"Schädlinge am Volksganzen jedoch, deren offenkundiger verbrecherischer Hang immer wieder hervorgerufen wird, werden unschädlich gemacht werden. Das bisher geltende Strafrecht hat gegenüber solchen Schädlingen offenkundig versagt ..."

Das ist dieselbe politische Einstellung, die heute lebenslängliche Sicherheitsverwahrung für "terroristische" Ersttäter fordert.

DR. HELMUT BITZER

Herrn
Ministerpräsident
Dr. Hans Filbinger
Staatsministerium
Richard Wagner-Str. 15
7000 Stuttgart

7260 CALW
Christian-Barth-Straße 7
Telefon [REDACTED]
den 30. Mai 1978

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Dr. Filbinger,

die in den letzten Wochen veröffentlichten Dokumente über Ihre politische Vergangenheit und Ihre Reaktion darauf veranlassen mich, Sie in diesem offenen Brief zu fragen, warum Sie heute noch behaupten, immer ein Nazi-Gegner gewesen zu sein - und das auch schon während unserer gemeinsamen Studienzeit in Freiburg.

Sie behaupten, schon als Student wegen Ihrer regimefeindlichen Haltung Schwierigkeiten bekommen zu haben. Ich hingegen sehe Sie noch heute vor mir, wie Sie damals in den Jahren 1935-37 in brauner Uniform als Mitglied des Freiburger SA-Studentensturms auftraten. Und ich weiß, daß es noch etliche andere Freiburger Studienkollegen gibt, die Sie in dieser Funktion erlebt haben.

Nicht vergessen habe ich, wie Sie mich eines Tages aufforderten, "endlich" in die SA oder die SS einzutreten, um damit meine politische Zuverlässigkeit zu beweisen. Ihr Drängen hatte immerhin die Wirkung, daß ich mich als SA-Anwärter eintragen ließ und bei Ihnen mit einer dafür ausgeliehenen SA-Uniform einige Male Dienst mitmachte.

Ich bin Lehrer für Geschichte und Gemeinschaftskunde in dem Lande, dessen Ministerpräsident Sie sind, und bin seit 30 Jahren Mitglied Ihrer Partei, der CDU.

Ich habe mehrfach erlebt, wie jüngere Kollegen durch die Handhabung des Radikalenerlasses hierzulande Schwierigkeiten bekamen, weil sie als Schüler oder Studenten irgendwann einmal von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machten und von Predigern des freiheitlichen Rechtsstaates wie Ihnen zu Linksextremisten gestempelt wurden. Wie soll ich meinen Schülern im Gemeinschaftskundeunterricht Vertrauen zu unserem demokratischen Staat vermitteln, wenn der Ministerpräsident ihres Landes seine Vergangenheit verdrängt oder nur stückweise zugibt.

Sie behaupten, als Student wie auch später als Marinestabsrichter ein Gegner des Naziregimes gewesen zu sein. Ich hingegen sehe in dem Mann, der noch Wochen nach Kriegsende im Sinne des NS-Systems Urteile fällte, den SA-Mann von 1935.

Ich habe - wie andere auch - lange, vielleicht zu lange über unsere "gemeinsame Vergangenheit" geschwiegen. Dies kann ich jetzt nicht mehr, nachdem Sie sich trotz der jüngsten Veröffentlichungen immer noch als ewiger Anti-Nazi hinstellen versuchen und unsere Partei sich mit Ehrenerklärungen hinter Sie gestellt hat.

Unser demokratischer Rechtsstaat, den Sie so oft in landesväterlicher Sorge im Munde führen, hat einen Anspruch darauf, daß Sie als einer seiner führenden Repräsentanten endlich ehrlich bekennen, welche wenn auch noch so kleine Rolle Sie in dem undemokratischen Unrechtsstaat gespielt haben. Ich erwarte Ihre Antwort.

Dr. Helmut Bitzer

Sage mir was du liest,

und ich sage dir

wer du bist

Nach diesem Motto forscht der Verfassungsschutz - wie aus Bibliothekarskreisen laut wurde - in öffentlichen Bibliotheken und Büchereien. Bereits 1977 wurden 20 konkrete Fälle versuchter Einflußnahmen auf öffentliche Bibliotheken registriert, die jedoch nur, wie ein namhafter Bibliotheksdirektor versicherte, die "Spitze eines Eisbergs" seien. Abgesehen haben es die Verfassungsschützer auf alle "linksradikalen" Bücher, angefangen bei Büchern aus der DDR bis hin zu Zeitschriften wie dem SPIEGEL.

Maßgebliche Bibliothekare verwiesen darauf, daß die in einer Bibliothek anfallenden Daten ebenso wenig wie beim Postzustellungsdienst geschützt seien und deshalb ungehindert weitergegeben werden könnten.

Nun wird es "Beamtenanwärter" auch nicht mehr weiter wundern, wenn sie bei ihrem "Einstellungsgespräch" mit Fragen, wie, "Sie lesen doch den Berliner Extra-Dienst" konfrontiert werden.

Wie weit diese Schnüffelp Praxis gediehen ist, zeigte bereits die Empfehlung des Bibliothekartages des Verbandes Deutscher Bibliothekare (VDB) 1976 in Münster, nach der "Risikobücher" nicht mehr ausgeliehen werden sollten, um Ärger mit Staatsschutzorganen zu vermeiden.

Ein Jahr darauf hatte der Bibliothekars-tag in Bremen alle Bibliothekare aufgefordert, die Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und alle Vorfälle, die eine Einschränkung der Meinungsfreiheit bewirken könnten, den Vereinsvorständen zu melden.

Die Auswirkungen dieser Verfassungsschutzpraxis zeigten schon, wie der VDB besorgt äußerte, "daß viele schon Selbstzensur üben und nicht mehr den Mut haben, sich zu informieren."

Dieser Entwicklung wollen die Bibliothekare in der Öffentlichkeit entgegentreten. "Es ist wieder einmal Zeit, Widerstand zu leisten", sagt ein Büchereidirektor. Es ist höchste Zeit, denn wer in die Geschichte zurückblickt, wird erschreckt feststellen müssen, daß es zur Bücherverbrennung nicht mehr weit ist.

SPD-Abgeordneter fragt nach Usancen beim Buchkauf

SZ 2.6.77

Bonn (AP)

Bei der Bestellung eines schwedischen Buches über die „Rote Armee Fraktion“ in der Buchhandlung einer bayerischen Kleinstadt durch einen „unverdächtigen“ Kunden hat sich nach Angaben des SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Schmidt folgendes zugetragen: Das Buch wurde auf dem Weg zur Buchhandlung beschlagnahmt, die Polizei fragte die Buchhändlerin unter Androhung von Schwierigkeiten nach dem Namen des Kunden, und schließlich wurde ihr mitgeteilt, sie stehe unter Beobachtung. Diese Angaben machte Schmidt in Bonn im Zusammenhang mit einer Anfrage an die Bundesregierung. Der Abgeordnete will wissen, ob der Regierung der beschriebene Vorgang bekannt sei und ob es Absprachen des Bundesinnenministeriums mit den Ländern über die Überwachung von Buchhandlungen und Buchbestellungen gebe. Schmidt erklärte, die unbestrittene Notwendigkeit, den Terrorismus zu bekämpfen, dürfe nicht dazu führen, scheinbar aus einem freiheitlichen Rechtsstaat einen Überwachungsstaat zu machen.

HINWEIS:

Wir bitten alle Mitglieder und Abonnenten, uns bei Wohnungswechsel ihre neue Adresse mitzuteilen.

Überwachung von 'A bis 'Z

BGS und BND - Hilfstruppen des Verfassungsschutzes

Die am 6. Mai 1976 von der Grenzschutzdirektion ergangene "Sonderanweisung" über die Erfassung bestimmter Erkenntnisse bei der grenzpolizeilichen Kontrolle" kam ans Licht der Öffentlichkeit

Verlegenheit beim Bundesinnenministerium - ein "nicht ganz glücklicher Vorgang", so Staatssekretär Fröhlich. Um über das "erforderliche Hintergrundwissen" zu verfügen, erhielten BGS- und BND-Beamte (Bundesgrenzschutz- und Bundesnachrichtendienst-Beamte) für die politische Überprüfung von Personen auf Flugplätzen und an Grenzübergängen zwei detaillierte Checklisten, die in "lobenswertem Eifer" von Beamten des Verfassungsschutzamtes und des Bundesinnenministeriums ausgetüftelt worden waren - zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung natürlich.

Eine Liste mit 287 Titeln von Zeitungen und Zeitschriften, alphabetisch geordnet von A wie "Aktion dritte Welt" über "Berliner Extradienst", "Kölner Volksblatt - Bürgerinitiativen informieren", "PDI-Pressemitteilung", "VVN-BDA-Pressekontakt" bis Z wie "Zivil-Courage" leisten hilfreichen Dienst zur Erfassung von "Erkenntnissen". Wer eine dieser Publikationen als Reiselektüre mit sich führt, wird registriert. Doch die Überprüfung kann nicht allein bei "staatsfeindlicher" Lektüre stehenbleiben. Folglich gab man den BGS-Beamten noch eine weitere Checkliste in die Hand, auf der 239 als staatsfeindlich verdächtige, weil "linksextremistische" Organisationen - von A wie "Afrika-Komitee" über die "Vereinigung Demokratischer Juristen in der BRD e.V." bis Z wie "Zentrifuge".

Bezeichnenderweise wird niemand auf den beiden Listen auch nur eine einzige faschistische Publikation oder Organisation entdecken. Den vielgeklopften Alibi-Spruch, es gehe gegen "Extremisten von links und rechts" läßt die Reaktion

bereits schon fallen, hat inzwischen die Praxis doch hinreichend bewiesen, daß es nur gegen Linke geht, d. h. gegen alle, die - in welcher Form auch immer - an den bestehenden Gesellschaftsverhältnissen Kritik üben. Nun wurde die Öffentlichkeit durch den Protest von Sozialdemokraten, Liberalen und anderen kritischen Demokraten endlich von dieser Überwachungspraxis in Kenntnis gesetzt. Bundesinnenminister Maihofer mußte seinen Hut nehmen. Damit aber, und mit der Versicherung Staatssekretärs Fröhlich, die Listen würden vernichtet werden, ist die Sache nicht vom Tisch.

Das war kein - wie man der Bevölkerung weismachen will - Fehltritt irgendwelcher kleiner, "fleißiger" Beamter. Bereits 1974 wurde bekannt und regierungsamtlich vom damaligen Staatssekretär des Innenministeriums Gerhard Baum - inzwischen Nachfolger von Maihofer als Innenminister - bestätigt, daß die Namen von Bundesbürgern, die in die DDR reisen, vom Bundesgrenzschutz erfaßt und an den Verfassungsschutz weitergeleitet werden (auf Anordnung des Innenministeriums).

Also lassen wir uns nichts vormachen. Die Reaktion hat uns Demokraten im Visier. Sie wird - machen wir ihr keinen Strich durch die Rechnung - Mittel und Wege finden, uns zum Schweigen zu bringen.

Staatssekretär Fröhlich erläuterte, daß der Verfassungsschutz ein "weites Spektrum" zu bearbeiten habe und von daher auf die Hilfe von BGS und BND bei der "Erkenntnissammlung" angewiesen sei. Diese Amtshilfe vollziehe sich nach "klaren Richtlinien".

BGS-Beamte, die sich weigerten, diesen Verfügungen nachzukommen, wurden unter Druck gesetzt. Ein Grenzschützer:

"Wenn das als polizeiliche Praxis allgemein üblich werden soll, dann gute Nacht, Rechtsstaat, kann ich nur sagen."

Erlangen: Aktionseinheit gegen Faschisten zustandegekommen

Vor einigen Wochen riefen die Jungen Nationaldemokraten (JN) zu einer Kundgebung auf, die am 6.5.78 um 20 h am Hugentottenplatz stattfinden sollte. Allerdings hatten sie sich damit verrechnet. Sofort nach Bekanntwerden dieses Termins trafen sich Erlanger Antifaschisten, um den Aufmarsch dieser neonazistischen Organisation zu verhindern. Nachdem der Erlanger SPD-Stadtrat mitgeteilt hatte, er sähe keinen rechten Anlaß, die Kundgebung zu verbieten, entschloß man sich zu einer Gegendemonstration. Die DKP verteilte Handzettel, in denen sie zur Teilnahme an dieser Gegen-Demo aufrief. Selbst der RPJ, ein Zusammenschluß von Jusos, Junger Union und Jungdemokraten machte auf das geplante Erscheinen der Neonazis aufmerksam.

Am betreffenden Samstag waren die Organisatoren selbst überrascht: ca. 350 Antifaschisten hatten sich am Hugentottenplatz versammelt. Sprechchöre wie 'Nazis raus aus Erlangen' und antifaschistische Lieder machten etliche Passanten aufmerksam, die sich dann auch teilweise in unsere Reihen stellten. Die Aktion war ein so großer Er-

folg, daß sich neben einigen Verfassungsschützern nur wenige Nazis zeigten, die dann aber sehr schnell wieder verschwanden. Wie groß der Erfolg war, ist aber auch daraus ersichtlich, daß etliche SPD-Stadträte, die zunächst für ein Fernbleiben plädiert hatten, zu dem Treffen kamen. Der Hauptgrund für die Niederlage der Nazis jedoch war die beispielhafte Einheit der fortschrittlichen Kräfte.

Die DKP ließ für einen Tag ihren Abgrenzungsbeschluß außer Acht und mobilisierte zusammen mit AKW-Gegnern, KSG und KHB gegen die Faschisten.

In einem anschließenden Gespräch in einer Erlanger Kneipe wurde dann auch die DKP gefragt, wieso denn an anderen Orten, insbesondere in Nürnberg, eine solche Aktionseinheit nicht möglich sei. Die Antwort war dann allerdings so unverständlich wie bezeichnend: Es hätte hier in Erlangen ja gar keine Aktions-einheit gegeben.

Aufgrund des Erfolges bleibt jedoch zu hoffen, daß auch die DKP begreift, daß nur gemeinsam gegen die Faschisten anzukommen ist.

Kelheim: Gewerkschaften verhindern faschistisches Zeltlager

"Wir wollen uns nie wieder vorwerfen lassen, zu solchen Aktionen geschwiegen zu haben" zitierte die Süddeutsche Zeitung vom 30.5.78 den Bezirkssekretär der HBV (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen) Regensburg, Horst Baszynski. Die Regensburger Gewerkschaft HBV und die Kelheimer Gewerkschaften IG Chemie, Papier, Keramik und die IG Bau, Steine, Erde haben nicht geschwiegen, wie es leider heute noch viele Gewerkschaften tun, als sie erfuhren, daß die neofaschistische Gruppe "Stahlhelm - Kampfbund für Europa" ein Zeltlager in der Nähe von

Kelheim in der Zeit vom 24.5. bis 28.5. 1978 veranstalten wollte.

Innerhalb von 3 Tagen wurde ein Flugblatt herausgegeben und sowohl der Bürgermeister, als auch der Landrat aufgefordert, das Zeltlager zu verhindern. Ausserdem wandten sich die Gewerkschafter an den Besitzer des Grundstücks, damit er die Durchführung des Zeltlagers verweigere.

Die Aktion war erfolgreich. Der Besitzer verweigerte sofort das Gelände, als er hörte, daß es sich um einen neofaschistischen Kampfbund handle. Auch die Behör-

den reagierten rasch: ein schon errichtetes Zelt wurde von der Polizei durchsucht und abgebrochen, neonazistisches Schrifttum beschlagnahmt und der Zeltplatz in den folgenden Tagen weiterhin kontrolliert.

Das Zeltlager fand nicht statt.

Am Mittwoch, den 23.5.78, riefen die Gewerkschaften zu einer Veranstaltung auf, zu der etwa 50 Personen kamen. Hier berichteten Sprecher der Gewerkschaften über den Erfolg ihrer Aktion. Danach wurde ein Film über das KZ Dachau vorgeführt, um zu zeigen, wohin die Faschisten Deutschland schon einmal geführt haben. Dieser Kelheimer Erfolg ist beispielhaft. Obwohl nur 3 Tage zur Verfügung standen und (auch infolge der kurzen Zeit) verhältnismäßig wenig Leute auf der Veranstaltung waren, konnte das Faschistenlager verhindert werden, weil die Gewerkschaften ihre organisierte Kraft ins Feld führten.

Viele Faschisten-Auftritte hätten schon verhindert werden können, wenn der gewerkschaftliche Protest nicht nur ein verbaler, sondern ein aktiver, kämpferischer gewesen wäre.

Auch in anderer Hinsicht ist Kelheim beispielhaft. Als ein Jahr vorher der Neo-Nazi Röder an der Befreiungshalle eine Kundgebung abhielt, schützte die Polizei den Auftritt der Faschisten und schritt gegen die Demonstranten ein, die die Verhaftung Röders und die Auflösung der Kundgebung forderten. Die Bilder dieser Provokation und auch der damals gedrehte Film sind in der ganzen Bundesrepublik bekannt geworden und damit auch das damalige Verhalten der Kelheimer Polizei.

Dieses Jahr war es anders: das Vorgehen der Antifaschisten hatte bewirkt, daß die Polizei gegen die neuen Nazis einschreiten mußte.

Nocheinmal:

Lockheed

Eine Kommission wurde einberufen, die Sache zu klären. Zu offensichtlich war die Zusammenarbeit der deutschen Parlamentarier, allen voran F. J. Strauß mit den Herren von Finanz und Kapital, in diesem Fall mit der Fa. Lockheed in USA.

Es ging um die Bestellung des Starfighters. Ein ehemaliger Strauß-Freund hatte 1976 ausgesagt, daß damals hohe Bestechungsgelder an Personen der CDU/CSU gezahlt worden wären.

Der Stein kam ins Rollen, viele dunkle Geschäfte wurden aufgedeckt, aber die Kommission kam zu dem Schluß, daß keine Beweise für Schmiergeldzahlungen gefunden werden konnten.

Allerdings ist klar erwiesen, daß Lockheed vor allem von Beamten des Verteidigungsministeriums und hohen Offizieren jahrelang immer wieder mit geheimen Informationen aus dem Rüstungsbereich versorgt wurden.

Auf 131 Seiten weist der Bericht der Untersuchungskommission die Verbindungen zwischen Parlamentariern aller Parteien, Offizieren und der Firma Lockheed nach. Aber, "kein Beweis für Schmiergeldzahlungen". Wenns drauf ankommt, halten diese Herren also zusammen einschließlich einer Kommission, die von der Bundesregierung eingesetzt wurde, also von Leuten, gegen die sie ermitteln soll. Welche Rolle Strauß bei der Sache spielte kann man sich vorstellen, wenn man weiß, daß er einen ganzen Lastwagen voll von Akten über Lockheed bei seinem Ausscheiden aus dem Verteidigungsministerium mitnahm und verschwinden ließ. Daß so mancher Parlamentarier nicht nur seinem Gewissen, sondern auch einem Batzen Geld folgte, derlei Beispiele wurden schon mehrmals aufgedeckt und jedesmal folgte eine berechtigte Portion Empörung. Untersuchungsausschüsse aber, die sich mit dunklen Angelegenheiten befassen, in die auch Strauss verwickelt war, sind noch allemal ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Das fällt einem auf - und wieder ein, wenn jene Person im Herbst das ehrenwerte Amt eines bayrischen Ministerpräsidenten antreten will.

Notstandsübung

Landsberg/Lech, ein Kamerad berichtet:

Ein Kollege von mir leistet seinen Wehrdienst bei einer "Honest John" ab, das ist eine Rakete, die auch mit Atomsprenköpfen verschossen werden kann. Sie wurde gleich bei der Gründung der Bundeswehr von den Amis übernommen, ihre Schußweite entspricht etwa 38 km. Letzte Woche, so berichtete der Kollege, hatten sie zum ersten Mal eine Notstandsübung.

So begann die Ausgangslage der Batterieübung "Landsberger Riegel" vom 16.11.77:

Die Mobilmachung der Staaten des Warschauer Paktes wurde unangemeldet und ohne Begründung über den 14. November hinaus verlängert. Die übenden Truppen haben am 15.11.77 in den späten Abendstunden Bereitstellungsräume auf grenznahe Truppenübungsplätzen bezogen. Grenzzwischenfälle sind bisher nicht vorgekommen. Die innenpolitische Lage ist gekennzeichnet durch sich häufende Terroranschläge auf die Sicherheitsorgane

der Bundesrepublik Deutschland (Polizei, Bundesgrenzschutz) und auf militärische Einrichtungen der NATO. Bei einem erfolgreichen Überfall einer Terrorgruppe auf das Ausbildungszentrum 65/1 in München ist z. B. eine nicht unbedeutende Anzahl von Handfeuerwaffen und Munition in die Hände der Terroristen gefallen. Die Bundesregierung hat auf Grund der angespannten Lage verstärkte Sicherheitsvorkehrungen für alle Verbände der Bundeswehr angeordnet.

Bis abends verschlechterte sich die Lage soweit, daß der innere Notstand ausgerufen wurde, da die Terroristen schon eine Rundfunkstation besetzt hatten und da der Bundesgrenzschutz an der Grenze gebunden ist, mußte die Bundeswehr zum Objektschutz ausrücken.

Dann griffen die Truppen des Warschauer Pakts an, um uns nach den Worten des Herrn Oberleutnants von den Unterdrückern und Imperialisten zu befreien. Um 11 h nachts hatten wir Alarm. Durch Raketeneinschlag in unserem Gebäude waren wir gezwungen, dieses durch eine Betonröhre zu verlassen, die den Notausgang darstellte. Wir übten noch die ganze Nacht hindurch bis zum nächsten Abend, wobei auch der atomare Einsatz unserer Waffe geprobt wurde. (Nach angeblichen Atomwaffen-Einsatzdrohungen von beiden Seiten).

Dies beweist praktisch, daß die Bundeswehr sehr aktuell übt und unter dem Mantel der Terroristenbekämpfung für den Bürgerkrieg probt, denn eine Handvoll Terroristen wird kaum jemals eine ernsthafte Bedrohung für die Bundeswehr sein.



Dachau bleibt antifaschistisch!

Vor fast einem Jahr versuchte die NPD-Jugend in Dachau am 7. Mai, dem Vorabend des Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus, einen Kongreß und einen Aufmarsch durchzuführen. Breit und massiv war damals der Protest gegen diese Provokation. Christen, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten protestierten gemeinsam gegen die Faschisten. Diese Einmütigkeit führte zum Erfolg. Die Stadt mußte die Aktionen der Nazis verbieten, und die Anwesenheit der Demokraten und Antifaschisten verhinderte ihr Auftreten in Dachau als auch den Aufmarsch in Fürstenfeldbruck, wohin die Nazis ausgewichen waren.

(Unten: Stellvertretend Ausschnitte aus zwei Protestaufrufen)

Dachau

1977-



Die Information

Mitteilungen der VVN • Bund der Antifaschisten • Landesverband Bayern

STOPPT DIE NEONAZIS IN DACHAU

Die Absicht der neonazistischen NPD-Jugend, am 7. Mai in Dachau zu tagen und zu demonstrieren, hat in der demokratischen Öffentlichkeit helle Empörung ausgelöst. Neben der VVN - Bund der Antifaschisten protestierten die im Kreisjugendring München-Stadt zusammengeschlossenen Jugendverbände, die Münchner Jungsozialisten, zahlreiche Persönlichkeiten und Organisationen. Stadtverwaltung und Landratsamt in Dachau haben eindeutig erklärt, daß die NPD-Jugend in Dachau nicht erwünscht ist - der Schloßsaal wurde ihr gekündigt. Das ist ein erster Erfolg der gemeinsamen Proteste!

NPD und "Junge Nationaldemokraten" aber wollen es darauf ankommen lassen. Frech und ohne Rücksicht auf das Ansehen Dachaus und seiner Bürger erklärte der Landesvorstand der NPD, er sei entschlossen, seine Veranstaltung in Dachau abzuhalten.

Für Nazis darf in Dachau kein Platz mehr sein!



Ein erneutes Auftreten nazistischer Kräfte in Dachau wäre ein nicht wieder gut zu machender Skandal für alle Demokraten und Antifaschisten im In- und Ausland - noch dazu am Vorabend des Jahrestages der Befreiung unseres Volkes von Krieg und Faschismus. Schon einmal konnte durch ein gemeinsames Vorgehen aller Demokraten und Antifaschisten eine NPD-Veranstaltung in Dachau verhindert werden.

GEWERKSCHAFT HANDEL, BANKEN und VERSICHERUNGEN IM DGB,
ORTSVERWALTUNG REGENSBURG
Fachgruppe Buchhandel und Verlage

SONDERBEILAGE:

Auszugsweise Veröffentlichung des Entwurfs eines neuen Polizeiaufgabengesetzes.

Dieser Entwurf soll noch vor der Sommerpause im Landtag verabschiedet werden.

Entwurf eines Gesetzes

über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz — PAG)

A) Problem

Zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien der Länder und der mit polizeilichen Aufgaben betrauten Kräfte des Bundes ist es erforderlich, das materielle Polizeirecht der Länder und des Bundes zu vereinheitlichen. Ferner hat sich insbesondere bei der Bekämpfung des Terrorismus gezeigt, daß die gegenwärtigen Befugnisse der Polizei nicht ausreichen oder nicht klar genug geregelt sind, um versteckte Geiseln aufzufinden und zu befreien.

B) Lösung

Durch die vorgeschlagene Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes soll das materielle Polizeirecht entsprechend einem von den Innenministerien der Länder und des Bundes unter Mitwirkung der Justizministerien erarbeiteten Musterentwurf geregelt werden. Die polizeilichen Befugnisse insbesondere zur Kontrolle und zur Befreiung von Geiseln werden verbessert.

C) Alternative

Keine.

D) Kosten

Durch die vorgesehene Regelung werden für den Staatshaushalt keine zusätzlichen Mehraufwendungen entstehen.

Herausgeber:

Anti-Strauß-Komitee
presserechtl. verantw. H. Jacobi 8 München,
Martin-Greif-Straße 3

Juni 1978

II. Abschnitt

Befugnisse der Polizei

Art. 10

Allgemeine Befugnisse

(1) Die Polizei kann die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung (Gefahr) abzuwehren, soweit nicht die Art. 11 bis 27 die Befugnisse der Polizei besonders regeln.

(2) Eine Maßnahme im Sinne des Absatzes 1 kann die Polizei insbesondere dann treffen, wenn sie notwendig ist, um

1. Straftaten, Ordnungswidrigkeiten oder verfassungsfeindliche Handlungen zu verhüten oder zu unterbinden;
2. durch solche Handlungen verursachte Zustände zu beseitigen oder
3. Gefahren abzuwehren oder Zustände zu beseitigen, die Leben, Gesundheit oder die Freiheit der Person oder die Sachen, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten erscheint, bedrohen oder verletzen.

Straftaten im Sinne dieses Gesetzes sind rechtswidrige Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklichen. Ordnungswidrigkeiten im Sinne dieses Gesetzes sind rechtswidrige Taten, die den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit verwirklichen. Verfassungsfeindlich im Sinne des Satzes 1 Nr. 1 ist eine Handlung, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder auf verfassungswidrige Weise zu stören oder zu ändern, ohne eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit zu verwirklichen.

(3) Zur Erfüllung der Aufgaben, die der Polizei durch andere Rechtsvorschriften zugewiesen sind (Art. 2 Abs. 4), hat sie die dort vorgesehenen Befugnisse. Soweit solche Rechtsvorschriften Befugnisse der Polizei nicht regeln, hat sie die Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen.

! ohne eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit begangen zu haben, kann also die Polizei gegen jeden mit ihren "notwendigen Maßnahmen" vorgehen. (Zu den notwendigen Maßnahmen gehört auch der gezielte Tötungsdruck.) Wen trifft das?

Zumindest jedem der heute z.B. Berufsverbot hat - also nachgewiesenermaßen "verfassungswidrig" ist - und auf eine Demonstration oder Versammlung geht, wo dann die Polizei seine "Maßnahmen" gegen ihn einsetzen darf!

aus der Begründung:

Zu Art. 10 (Allgemeine Befugnisse)

Art. 10 Abs. 1 des Entwurfs enthält die sog. polizeiliche Generalklausel, die das Polizeirecht der anderen Länder und des Bundes (Bundesgrenzschutzgesetz) kennzeichnet. Diese Befugnis gilt nicht für Maßnahmen, die ihrer Art nach typisiert sind (vgl. die Art. 11 bis 27 des Entwurfs). Das bayerische Polizeirecht enthält anstelle der polizeilichen Generalklausel die allgemeine Befugnis nach Art. 5 Abs. 2 PAG, die auch als eingeschränkte Generalklausel bezeichnet worden ist. Die allgemeine Eingriffsbefugnis nach Art. 5 Abs. 2 PAG ist normativ mehr eingegrenzt als die in den anderen Ländern herkömmliche polizeiliche Generalklausel. Damit wurden nicht nur die rechtsstaatlichen Erfordernisse in besonders hohem Maße erfüllt, sondern auch dem Polizeibeamten die Voraussetzungen und Grenzen seiner allgemeinen Befugnis besonders deutlich gemacht. Andererseits ließ diese enge Beschreibung der allgemeinen Befugnis in manchen - seltenen - Ausnahmefällen Maßnahmen nicht zu, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung an sich angebracht gewesen wären.

Die verschiedentlich im bayerischen Schrifttum vertretene Ansicht, die polizeiliche Generalklausel werde rechtsstaatlichen Anforderungen nicht gerecht, trifft freilich nicht zu. Der in diesem Zusammenhang angeführte Beschluß des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs vom 15. März 1951 (VGHE n. F. 4, 19) befaßt sich allein mit der Frage, ob aus der Allzuständigkeit der Gemeinde eine Befugnis zu Rechtseingriffen abgeleitet werden kann; der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als Kriterium einer Eingriffsbefugnis wird in diesem Zusammenhang nicht geprüft. Die zu dieser Frage ferner herangezogene Entscheidung des Bayer. Verfassungsgerichtshof vom 13. Oktober 1951 (VGHE n. F. 4 II, 194) befaßt sich lediglich mit der Frage, ob der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geeignet ist, eine Strafvorschrift ausreichend zu umschreiben, was sie verneint. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß an Strafnormen andere Maßstäbe anzuwenden sind als an Befugnisnormen und daß die Befugnisnorm des Art. 10 Abs. 1 des Entwurfs zusätzlich durch die Art. 4 bis 9 des Entwurfs bestimmt wird. Die Zulässigkeit der polizeilichen Generalklausel ist jedenfalls in der Rechtsprechung nie in Zweifel gezogen worden.

Wegen der Begriffe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird auf die Erläuterungen zu Art. 2 Bezug genommen. Gefahr im Sinne der Vorschrift ist nur die in einem Einzelfall gegebene, also konkrete Gefahr. Sie ist nach der Rechtsprechung gegeben, wenn nach den gegebenen Tatsachen in naher Zukunft eine Störung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof U. vom 18. März 1964, BayVBI S. 228, 230, Bundesverwaltungsgericht U. vom 26. Juni 1970, DÖV 713, 715 = NJW 1970 1890).

Die Vorteile, die in der bisherigen Regelung des Art. 5 Abs. 2 PAG zu sehen waren, sollen dadurch weiterhin erhalten bleiben, daß in dem vorgesehenen Absatz 2 des Art. 10 des Entwurfs die Befugnisumschreibung des Art. 5 Abs. 2 PAG im Sinne einer Klarstellung zur Auslegung des Begriffs der Gefahrenabwehr herangezogen wird. Der Musterentwurf sieht eine solche Klarstellung nicht vor. Da jedoch die in dem vorgesehenen Abs. 2 enthaltene Begriffsbeschreibung ohne Zweifel unter den in Abs. 1 verwendeten Begriff der Gefahrenabwehr fällt und nahezu ausfüllt, stellt die Klarstellung in Abs. 2 keine Abweichung von der beabsichtigten Einheitlichkeit des materiellen Polizeirechts dar.

Der vorgesehene Abs. 3 entspricht dem Art. 4 Abs. 2 PAG.

die Polizei seine "Maßnahmen" gegen ihn

Art. 11

Identitätsfeststellung und Prüfung von
Berechtigungsscheinen

(1) Die Polizei kann die Identität einer Person feststellen

1. zur Abwehr einer Gefahr;
2. wenn die Person sich an einem Ort aufhält,
 - a) von dem aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte erfahrungsgemäß anzunehmen ist, daß dort
 - aa) Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben,
 - bb) sich Personen ohne erforderliche Aufenthaltserlaubnis treffen, oder
 - cc) sich Straftäter verbergen, oder
 - b) an dem Personen der Prostitution nachgehen,
3. wenn sie sich in einer Verkehrs- oder Versorgungsanlage oder -einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsgebäude oder einem anderen besonders gefährdeten Objekt oder in unmittelbarer Nähe hiervon aufhält und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß in oder an Objekten dieser Art Straftaten begangen werden sollen, durch die in oder an diesen Objekten befindliche Personen oder diese Objekte selbst unmittelbar gefährdet sind,
4. an einer Kontrollstelle, die von der Polizei eingerichtet worden ist, um Straftaten im Sinne von § 100 a der Strafprozeßordnung oder § 27 des Versammlungsgesetzes zu verhindern oder
5. in dem als „Zollgrenzbezirk“ oder „Zonengrenzbezirk“ gekennzeichneten Gebiet und in Flugplatzbereichen zur Verhütung oder Unterbindung unerlaubter Überschreitung der Landesgrenze.

(2) Die Polizei kann zur Feststellung der Identität die erforderlichen Maßnahmen treffen. Sie kann den Betroffenen insbesondere anhalten, ihn nach seinen Personalien befragen und verlangen, daß er mitgeführte Ausweispapiere zur Prüfung aushändigt. Der Betroffene kann festgehalten werden, wenn die Identität auf andere Weise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten festgestellt werden kann. Unter den Voraussetzungen von Satz 3 können auf die Betroffene sowie die von ihm mitgeführten Sachen durchsucht werden.

(3) Die Polizei kann verlangen, daß ein Berechtigungsschein zur Prüfung ausgehändigt wird, wenn der Betroffene aufgrund einer Rechtsvorschrift verpflichtet ist, diesen Berechtigungsschein mitzuführen.

Zu Art. 11 (Feststellung der Identität und von Berechtigungen)

Art. 11 des Entwurfs entspricht weithin den Art. 14 PAG. ergänzt diese Regelung jedoch durch weitere wichtige Anwendungsfälle. Art. 11 des Entwurfs stellt jedoch nicht mehr auf die Anhaltung ab, die lediglich eines – nicht das einzige – Mittel zur Personalienprüfung ist, sondern auf die Personalienprüfung selbst. Eine dem Art. 14 Abs. 1 Nr. 1 PAG entsprechende Vorschrift wurde nicht in den Gesetzesentwurf aufgenommen, da die entsprechende polizeiliche Befugnis in die Strafprozeßordnung eingestellt werden wird (vgl. Abschn. I dieser Begründung).

(...)

Die Polizei kann damit praktisch an jedem Ort in der BRD jedermann festhalten, durchsuchen, erhebungsdienstlich behandeln. Als Grund genügt nur eine 'vage Annahme'.

aus der Begründung:

Abs. 1 Nr. 3 des Entwurfs entspricht dem Art. 14 Abs. 1 Nr. 7 PAG. Er erweitert diese Bestimmung, indem er auch sonstige besonders gefährdete Objekte (beispielsweise die Büros ausländischer Fluggesellschaften oder im Bau befindliche Versorgungsanlagen) berücksichtigt.

Die Erfahrungen mit der Fahndung nach Terroristen und sonstigen schweren Straftätern haben gezeigt, daß die Fahndung nach Terroristen und sonstigen schweren Straftätern nicht nur wegen der allgemeinen großen Mobilität der Bevölkerung und der Unüberschaubarkeit der Lebensverhältnisse der einzelnen Staatsbürger in vielen Fällen bisher erfolglos geblieben ist, sondern auch deshalb, weil unser Rechtsstaat in seinem Streben nach möglichst umfassender Freiheit der Staatsbürger auf viele Kontroll- und Aufsichtsmöglichkeiten verzichtet hat. Um der Gewaltkriminalität Herr zu werden, erscheint es deshalb unerlässlich, die Fahndungsmöglichkeiten der Polizei zu verbessern. Die Befugnisse der Polizei zur Fahndung sind nach dem geltenden Recht sehr eingeschränkt. Sie stellen im wesentlichen darauf ab, daß Personalienprüfung erst dann zulässig sind, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß eine bestimmte Person eine Straftat begangen hat oder begeht oder sich zumindest an einem Ort aufhält, der nach bestimmten Anhaltspunkten im Zusammenhang mit der Straftat oder einer drohenden Straftat steht oder besonders gefährdet ist. Diese Befugnisse reichen, wie die Erfahrung gerade der letzten Monate gezeigt hat, nicht aus. Es erscheint daher unerlässlich, es der Polizei zu ermöglichen, durch Personenkontrollen, die zunächst noch nicht an bestimmte örtliche oder personelle Anhaltspunkte anknüpfen können, die erforderlichen Hinweise für die Ergreifung der Täter zu erhalten. Personenkontrollen, die nicht an einen konkreten Tatverdacht anknüpfen, sind unserer Rechtsordnung nicht fremd. Nach § 36 Abs. 5 StVO darf die Polizei Verkehrsteilnehmer zur Verkehrskontrolle anhalten. Diese Befugnis umfaßt auch die Prüfung der Fahrzeugpapiere und der Vorschriftsmäßigkeit der Fahrzeugeinrichtung. Es wäre jedoch problematisch, Verkehrskontrollen zur Fahndung nach Straftätern durchzuführen, da § 36 Abs. 5 StVO anderen Zwecken dienen soll. Ferner umfaßt die Befugnis nach dieser Vorschrift nicht die Personalienprüfung von Mitfahrern und auch nicht das Recht, das Fahrzeug nach bestimmten Gegenständen zu durchsuchen. Eine weitere Befugnis, die Personalien ohne konkreten Tatverdacht zu prüfen, gibt § 71 Abs. 2 Satz 1 des Zollgesetzes. Die durch diese beiden Vorschriften geschützten Rechtsgüter sind die Sicherheit des Straßenverkehrs und die Sicherung des staatlichen Zollanspruchs. Die Fahndung nach Personen, die verdächtig sind, Straftaten im Sinne von § 100 a der Strafprozeßordnung begangen zu haben, und voraussichtlich weiter begehen werden, zielt sicherlich vergleichsweise nicht auf den Schutz geringerer Rechtsgüter ab. Vielmehr dienen solche Fahndungen nicht nur dem Schutz des staatlichen Strafanspruchs in besonders gravierenden Fällen, sondern auch dem Schutz menschlichen Lebens und der Freiheit der Person.

Daher soll durch eine Ergänzung der Strafprozeßordnung der Polizei die Möglichkeit eröffnet werden, an von ihr eingerichteten Kontrollstellen die Personalien zu prüfen. Diese Vorschrift wird jedoch nur die sog. ereignisabhängigen Fahndungen erfassen. Daneben ist es erforderlich, auch ereignisunabhängige Fahndungen (wie sie z. B. beim Deutschen Fahndungstag beabsichtigt waren) durchzuführen. Das sieht Abs. 1 Nr. 4 des Entwurfs vor. Für die Übergangszeit (bis zur Änderung der Strafprozeßordnung) wird diese vorgeschlagene Vorschrift auch für ereignisabhängige Fahndungen gelten.

... von jedem auch die Fingerabdrücke

Art. 12

Erkennungsdienstliche Maßnahmen

(1) Die Polizei kann erkennungsdienstliche Maßnahmen vornehmen, wenn

1. eine nach Art. 11 zulässige Identitätsfeststellung auf andere Weise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten möglich ist oder

2. dies zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten erforderlich ist, weil der Betroffene verdächtig ist, eine Tat begangen zu haben, die mit Strafe bedroht ist und wegen der Art und Ausführung der Tat die Gefahr der Wiederholung besteht.

(2) Sind die Voraussetzungen nach Absatz 1 entfallen, kann der Betroffene die Vernichtung der erkennungsdienstlichen Unterlagen verlangen.

(3) Erkennungsdienstliche Maßnahmen sind insbesondere

1. die Abnahme von Finger- und Handflächenabdrucken,
2. die Aufnahme von Lichtbildern,
3. die Feststellung äußerer körperlicher Merkmale,
4. Messungen.

allein der Verdacht genügt auch hier, daß man Sie behandelt, wie früher nur Schwerverbrecher behandelt wurden.

Statt aber in's Verbrechenalbum zu kommen werden heute "Erkenntnisse" über Sie auf modernen Datenbänken gespeichert.

Das ist wohl auch eine der Funktionen von solchen Kontrollstellen wie im vorhergehenden Artikel vorgesehen. Es gibt doch unzählige Objekte, die für gefährdet gehalten werden können. Die Durchsuchung von Autos, Personen u. Sachen kann also in sehr weitestgehendem Rahmen passieren. Zweck: "Erkenntnisse" über Personen zu sammeln. Man erinnere sich an den in letzter Zeit bekannt gewordenen Skandal, daß an Grenzübergängen Leute durchsucht wurden, daraufhin, ob sie politisch mißliebige Zeitungen mit sich führten. (daranntes auch solche Schriften, an denen SPD-Bundesjugabgeordnete unterschrieben) Daß auf diese Weise heute die "schwarzen Listen" angelegt werden, kann man sich ausrechnen. Daß dabei auch erfasst wird, ob einer z.B. vor Jahren eine Unterschriftenliste unterschrieben hat, das sind Fälle, die auch schon bekannt geworden sind. Und wenn eine bei einer Kontrolle mit einem Flüßblatt im Auto geschnappt wird, in dem zum Strafe aufgerufen wird, dann nimmt man auf alle Fälle mal gleich die Fingerabdrücke von ihm. (weil nur unter erheblichen Schwierigkeiten zu klären wäre - obs nicht etwa ein "wildes Streich" sei) Wie lange glauben Sie wird es dauern, bis der Mann ein zweites Mal erwischt wird,

an der Begründung:

Zu Art. 12 (Erkennungsdienstliche Maßnahmen)

Die Vornahme erkennungsdienstlicher Maßnahmen auch zum Zwecke polizeilicher Gefahrenverhütung ist derzeit in § 81 b Strafprozeßordnung geregelt. Im Zuge der Harmonisierung des Polizeirechts mit der Strafprozeßordnung (vgl. Abschn. I Nr. 1 der Begründung) soll § 81 b Strafprozeßordnung auf den Bereich der Strafverfolgung beschränkt werden. Davon abgesehen ist § 81 b, soweit er sich auf den präventiven Bereich beschränkt, zu eng, um im notwendigen Umfang erkennungsdienstliche Maßnahmen vornehmen zu können. § 81 b knüpft nämlich an den Begriff des Beschuldigten an; Beschuldigte in diesem Sinn sind aber beispielsweise nicht Strafmündige oder sonstige Personen, die keiner Straftat verdächtig sind, deren Identität jedoch auf andere Weise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten festgestellt werden kann. Deshalb sieht Art. 12 die Vornahme erkennungsdienstlicher Maßnahmen insbesondere zur Identitätsfeststellung vor. Sie kommen in solchen Fällen nur in Betracht, wenn nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (vgl. Art. 4) die Feststellung auf andere Weise nicht getroffen werden kann. Dienen die erkennungsdienstlichen Maßnahmen der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten (Art. 12 Abs. 1 Nr. 2 des Entwurfs,) sind sie nur zulässig, wenn der Betreffende eine Straftat begangen hat und Wiederholungsgefahr besteht. Das entspricht der bisherigen Regelung.

Art. 12 Abs. 2 gibt dem Betroffenen das Recht, die Vernichtung der erkennungsdienstlichen Unterlagen zu verlangen, wenn die Voraussetzungen für die Vornahme dieser Maßnahmen entfallen sind. Dieser Rechtsanspruch entspricht den in der Rechtsprechung herausgebildeten Grundsätzen (BVerwG in NJW 1961, 571; VGH Baden-Württemberg in DOV 1973, 462; OVG Münster in NJW 1972, 2147; BVerwG in DOV 1973, 752; BVerwG in NJW 1961, 571, und in DVBl 1967, 778). Art. 12 Abs. 3 des Entwurfs stellt eine Verstärkung des in Art. 4 Abs. 3 des Entwurfs verankerten Grundsatzes dar.

Abs. 3 des Entwurfs enthält eine Begriffsbestimmung der erkennungsdienstlichen Maßnahmen. Er entspricht der Auslegung des § 81 b Strafprozeßordnung.

Wegen der Durchsetzung der Anordnung zur Vornahme erkennungsdienstlicher Maßnahmen wird auf Art. 13 verwiesen.

weil die Gefahr der Wiederholung besteht

Art. 15
Gewahrsam

(1) Die Polizei kann eine Person in Gewahrsam nehmen, wenn

1. das zum Schutz der Person gegen eine Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist, insbesondere weil die Person sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand oder sonst in hilfloser Lage befindet oder
2. das unerlässlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Gefahr zu verhindern.

(...)

Art. 16
Richterliche Entscheidung

(1) Wird eine Person aufgrund von Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Art. 13 Abs. 3 oder Art. 15 festgehalten, hat die Polizei unverzüglich eine richterliche Entscheidung über Zulässigkeit und Fortdauer der Freiheitsentziehung herbeizuführen. Der Herbeiführung der richterlichen Entscheidung bedarf es nicht, wenn anzunehmen ist, daß die Entscheidung des Richters erst nach Wegfall des Grundes der polizeilichen Maßnahme ergehen würde.

(2) Für die Entscheidung nach Absatz 1 ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Person festgehalten wird. Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen.

Art. 19
Durchsuchung von Personen

(1) Die Polizei kann, außer in den Fällen des Art. 11 Abs. 2 Satz 4 eine Person durchsuchen, wenn

1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Sachen mit sich führt, die sichergestellt werden dürfen,
2. sie sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand oder sonst in hilfloser Lage befindet,
3. sie sich an einem der in Art. 11 Abs. 1 Nrn. 2 oder 5 genannten Orte aufhält oder
4. sie sich in einem Objekt im Sinne des Art. 11 Abs. 1 Nr. 3 oder in dessen unmittelbarer Nähe aufhält und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß in oder an Objekten dieser Art Straftaten begangen werden sollen.

(2) Die Polizei kann eine Person, deren Identität nach diesem Gesetz oder anderen Rechtsvorschriften festgestellt werden soll oder die nach diesem Gesetz oder anderen Rechtsvorschriften festgehalten werden kann, nach Waffen, anderen gefährlichen Werkzeugen und Explosionsmitteln durchsuchen, wenn dies nach den Umständen zum Schutz des Polizeibeamten oder eines Dritten gegen eine Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist.

(3) Personen dürfen nur von Personen gleichen Geschlechts oder Ärzten durchsucht werden; dies gilt nicht, wenn die sofortige Durchsuchung zum Schutz gegen eine Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist.

Bei den Nazis ließ das:

← in "Schutzhaft" nehmen

auch ohne richterliche Entscheidung!

Beispiel:

Die Polizei nimmt an, daß es einen Grund gibt, Herrn K. festzunehmen

Art. 20

Durchsuchung von Sachen

(1) Die Polizei kann außer in den Fällen des Art. 11 Abs. 2 Satz 4 eine Sache durchsuchen, wenn

1. sie von einer Person mitgeführt wird, die nach Art. 19 durchsucht werden darf;
2. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sich in ihr eine Person befindet, die
 - a) in Gewahrsam genommen werden darf,
 - b) widerrechtlich festgehalten wird oder
 - c) hilflos ist;
3. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sich in ihr eine andere Sache befindet, die sichergestellt werden darf,
4. sie sich an einem der in Art. 11 Abs. 1 Nrn. 2 und 5 genannten Orte befindet oder
5. sie sich in einem Objekt im Sinne des Art. 11 Abs. 1 Nr. 3 oder in dessen unmittelbarer Nähe befindet und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß Straftaten in oder an Objekten dieser Art begangen werden sollen,
6. es sich um ein Land-, Wasser- oder Luftfahrzeug handelt, in dem sich eine Person befindet, deren Identität nach Art. 11 Abs. 1 Nr. 4 festgestellt werden darf; die Durchsuchung kann sich auch auf die in dem Fahrzeug enthaltenen Sachen erstrecken.

(2) Bei der Durchsuchung von Sachen hat der Inhaber der tatsächlichen Gewalt das Recht, anwesend zu sein. Ist er abwesend, so sollen sein Vertreter oder ein anderer Zeuge hinzugezogen werden. Dem Inhaber der tatsächlichen Gewalt ist auf Verlangen eine Bescheinigung über die Durchsuchung und ihren Grund zu erteilen.

Art. 21

Betreten und Durchsuchen von Wohnungen

(1) Die Polizei kann eine Wohnung ohne Einwilligung des Inhabers betreten und durchsuchen, wenn

1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sich in ihr eine Person befindet, die nach Art. 13 Abs. 3 vorgeführt oder nach Art. 15 in Gewahrsam genommen werden darf;
2. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sich in ihr eine Sache befindet, die nach Art. 23 Nr. 1 sichergestellt werden darf, oder
3. das zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für Sachen von bedeutendem Wert erforderlich ist.

Die Wohnung umfaßt die Wohn- und Nebenräume, Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume sowie anderes befriedetes Besitztum.

(2) Während der Nachtzeit (§ 104 Abs. 3 der Strafprozeßordnung) ist das Betreten und Durchsuchen einer Wohnung in den Fällen des Absatzes 1 nur zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für Sachen von bedeutendem Wert zulässig.

(3) Wohnungen dürfen jedoch zur Abwehr dringender Gefahren jederzeit betreten werden, wenn

1. aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, daß dort

Das Recht (auf Schutz) der Unverletzlichkeit der Wohnung (früher nur anfechtbar mit richterlichem Hausdurchsuchungsbefehl kann damit jederzeit, gestützt auf "Annahmen" völlig außer Kraft gesetzt werden.
(Wer's nicht glaubt, kann zum Schluß- wie zum Stuhl- eine Quittung dafür verlangen. Das ist alles was von einem demokratischen Recht übrig bleibt)

- a) Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben,
- b) sich Personen ohne erforderliche Aufenthalts-erlaubnis treffen oder
- c) sich Straftäter verbergen, oder

2. sie der Prostitution dienen.

(4) Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume sowie andere Räume und Grundstücke, die der Öffentlichkeit zugänglich sind oder zugänglich waren und den Anwesenden zum weiteren Aufenthalt zur Verfügung stehen, dürfen zum Zwecke der Gefahrenabwehr (Art. 2 Abs. 1) während der Arbeits-, Geschäfts- oder Aufenthaltszeit betreten werden.

Art. 22

Verfahren bei der Durchsuchung von Wohnungen

(1) Durchsuchungen von Wohnungen dürfen, außer bei Gefahr in Verzug, nur durch den Richter angeordnet werden. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Wohnung liegt. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend.

(2) Bei der Durchsuchung einer Wohnung hat der Wohnungsinhaber das Recht, anwesend zu sein. Ist er abwesend, so ist, wenn möglich, sein Vertreter oder ein erwachsener Angehöriger, Hausgenosse oder Nachbar zuzuziehen.

(3) Dem Wohnungsinhaber oder seinem Vertreter ist der Grund der Durchsuchung unverzüglich bekanntzugeben, soweit dadurch der Zweck der Maßnahmen nicht gefährdet wird.

(4) Über die Durchsuchung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie muß die verantwortliche Dienststelle, Grund, Zeit und Ort der Durchsuchung und ihr Ergebnis enthalten. Die Niederschrift ist von einem durchsuchenden Beamten und dem Wohnungsinhaber oder der zugezogenen Person zu unterzeichnen. Wird die Unterschrift verweigert, so ist hierüber ein Vermerk aufzunehmen. Dem Wohnungsinhaber oder seinem Vertreter ist auf Verlangen eine Abschrift der Niederschrift auszuhändigen.

(5) Ist die Anfertigung der Niederschrift oder die Aushändigung einer Abschrift nach den besonderen Umständen des Falles nicht möglich oder würde sie den Zweck der Durchsuchung gefährden, so sind dem Betroffenen lediglich die Durchsuchung unter Angabe der verantwortlichen Dienststelle sowie Zeit und Ort der Durchsuchung schriftlich zu bestätigen.

was kann denn das mit Sicherheit feststellen?

mit dieser Formulierung handelt es sich auch den richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl nicht mehr (inhaltliche Begründung für "Gefahr im Verzug", siehe Art. 21, 1.2.3.)

Falls dies alles bei Ihnen nicht zutrifft, so ist trotzdem "Gefahr im Verzug".

(Sie wenden das an den Maschinengewehrposten feststellen, die die Polizeibeamten dann in der Hand haben)

Es geht wahrhaftig nicht über die deutsche Gründlichkeit der Bürokratie!

Übrigens:

Auch bei den Nazis wurde hinters, nachdem bei Hausdurchsuchungen alles kurz und klein geschlagen war ein amtliches Protokoll erstellt. Nur leider hatte der Wohnungsinhaber oft hinters keine Gelegenheit mehr "gegenzuzeichnen" mit seiner Unterschrift.

Wenn's kracht... Die Polizei ist immer im Recht!

Art. 42

Androhung unmittelbaren Zwanges

(1) Unmittelbarer Zwang ist vor seiner Anwendung anzudrohen. Von der Androhung kann abgesehen werden, wenn die Umstände sie nicht zulassen, insbesondere wenn die sofortige Anwendung des Zwangsmittels zur Abwehr einer Gefahr notwendig ist. Als Androhung des Schußwaffengebrauchs gilt auch die Abgabe eines Warnschusses.

(2) Schußwaffen und Handgranaten dürfen nur dann ohne Androhung gebraucht werden, wenn das zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist.

(3) Gegenüber einer Menschenmenge ist die Anwendung unmittelbaren Zwanges möglichst so rechtzeitig anzudrohen, daß sich Unbeteiligte noch entfernen können. Der Gebrauch von Schußwaffen gegen Personen in einer Menschenmenge ist stets anzudrohen; die Androhung ist vor dem Gebrauch zu wiederholen. Beim Gebrauch von technischen Sperren und Dienstpferden kann von einer Androhung abgesehen werden.

Art. 44

Allgemeine Vorschriften für den Schußwaffengebrauch

(1) Schußwaffen dürfen nur gebraucht werden, wenn andere Maßnahmen des unmittelbaren Zwanges erfolglos angewendet sind oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen. Gegen Personen ist ihr Gebrauch nur zulässig, wenn der Zweck nicht durch Schußwaffengebrauch gegen Sachen erreicht werden kann.

(2) Schußwaffen dürfen gegen Personen nur gebraucht werden, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzigste Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist.

(3) Gegen Personen, die dem äußeren Eindruck nach noch nicht 14 Jahre alt sind, dürfen Schußwaffen nicht gebraucht werden. Das gilt nicht, wenn der Schußwaffengebrauch das einzigste Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben ist.

(4) Der Schußwaffengebrauch ist unzulässig, wenn für den Polizeibeamten erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden. Das gilt nicht, wenn der Schußwaffengebrauch das einzigste Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr ist.

Todesschuß auch auf Kinder!!

Notwehrsituation reicht nun nicht mehr aus! →

d.h.: es darf auch einfach so geschossen werden

← was dann, wenn ein Provokateur einen Schuß abgibt? Die Polizei sieht eine Gefahr für Leib und Leben. Die Polizisten ballern drauf los - sie haben schon einen Warnschuß gehört.

← Absicherung für den Fall, daß mal im Eifer des Gefechts vergessen wird die Opfer vorher zu warnen.

Statt "Nord durch die Polizeikugel" kann die Bild-Zeitung dann schreiben: "Er hatte das Dienstpferd übersehen!"

Todesschuß, und zwar gezielt!

Abs. 2 Satz 2 des Entwurfs bestimmt, daß ein Schußwaffengebrauch der Polizei, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, nur zulässig ist, wenn er das einzigste Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist. Diese Vorschrift ist in den Entwurf aufgenommen worden, weil sich erwiesen hat, daß es Situationen gibt, in denen menschliches Leben aus gegenwärtiger Lebensgefahr nur errettet und schwerwiegende körperliche Verletzungen nur verhindert werden können, wenn die Polizei zum Schutz dieser hohen Rechtsgüter auf den rechtswidrig handelnden Angreifer so schießt, daß dabei lebenswichtige Organe (Gehirn, Herz) getroffen werden, so daß dieser Schuß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirkt.

Die Frage, ob eine solche Regelung mit Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG vereinbar und erforderlich sei, ist, seit Geiselnahmen mit bisher nicht gekannter krimineller Energie verübt werden, im Fachschrifttum ausführlich erörtert worden.

Bei unterschiedlicher Auffassung in Einzelfragen hat das Schrifttum und haben die angehörten Universitätsprofessoren die Verfassungsmäßigkeit einer dem Art. 44 Abs. 2 Satz 2 des Entwurfs entsprechenden Vorschrift nicht in Zweifel gezogen. Ganz überwiegend ist die Auffassung vertreten worden, der Gesetzgeber möge die Zweifelsfragen im Rahmen des Polizeirechts eindeutig klären, weil die Notwehrbestimmungen keine geeignete Grundlage für das polizeiliche Handeln seien. Im Einzelnen geht es um folgende Probleme:

Todesschuß auch für Kinder!

Wieder muß in der Begründung die ominöse Formulierung "gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben" herhalten um zu rechtfertigen, daß man auch Kinder absichtlich abknallt.

Fällt es schon schwer sich vorzustellen, daß mal ein Polizist aus Notwehr ein Kind erschießen müßte, so wird mit dem neuen Polizei-Gesetz auch diese Begründung aufgegeben. Es reicht aus, daß irgendeine Gefahr für Leib u. Leben (was immer auch das heißen mag) "gegenwärtig" ist. Beachten Sie! Es wird nicht einmal gesagt, daß diese "Gefahr" von den Personen nachweislich ausgehen muß, die dann erschossen werden sollen!

Art. 45

Schußwaffengebrauch gegen Personen

(1) Schußwaffen dürfen gegen Personen nur gebraucht werden,

1. um eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben abzuwehren;
2. um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung eines Verbrechens oder eines Vergehens unter Anwendung oder Mitführung von Schußwaffen oder Explosivmitteln zu verhindern;
3. um eine Person anzuhalten, die sich der Festnahme oder Identitätsfeststellung durch Flucht zu entziehen versucht, wenn sie
 - a) eines Verbrechens dringend verdächtig ist oder
 - b) eines Vergehens dringend verdächtig ist und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Schußwaffen oder Explosivmittel mit sich führt,
4. zur Vereitelung der Flucht oder zur Ergreifung einer Person, die in amtlichem Gewahrsam zu halten oder ihm zuzuführen ist
 - a) aufgrund richterlicher Entscheidung wegen eines Verbrechens oder aufgrund des dringenden Verdachts eines Verbrechens oder
 - b) aufgrund richterlicher Entscheidung wegen eines Vergehens oder aufgrund des dringenden Verdachts eines Vergehens, sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Schußwaffen oder Explosivmittel mit sich führt,
5. die gewaltsame Befreiung einer Person aus amtlichem Gewahrsam zu verhindern oder in sonstigen Fällen des § 100 des Strafvollzugsgesetzes.

(2) Schußwaffen dürfen nach Absatz 1 Nr. 4 nicht gebraucht werden, wenn es sich um den Vollzug eines Jugendarrestes oder eines Strafarrestes handelt oder wenn die Flucht aus einer offenen Anstalt verhindert werden soll.

Abs. 3 Satz 2 des Entwurfs schränkt jedoch das absolute Verbot, gegen Menschen, die dem äußeren Eindruck nach noch nicht 14 Jahre alt sind, zu schießen, für den Fall ein, daß der Schußwaffengebrauch das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben ist. In einem solchen Fall, in dem es um die Errettung aus gegenwärtiger Leib- oder Lebensgefahr geht, muß nach dem Grundsatz der Güterabwägung von der Vorzugsstellung, die die Rechtsordnung im allgemeinen Personen unter 14 Jahren einräumt, abgesehen werden.

aus der Begründung:

Zu Art. 45 (Schußwaffengebrauch gegen Personen)

Art. 45 des Entwurfs stimmt weitgehend mit Art. 42 PAB überein, weicht jedoch in folgenden Einzelvorschriften ab: Abs. 1 Nr. 1 des Entwurfs läßt den Schußwaffengebrauch gegen Personen auch dann zu, wenn eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben abzuwehren ist, die nicht durch ein Verbrechen oder durch ein Vergehen, das unter Anwendung oder Mitführung von Schußwaffen oder Explosivmitteln begangen wird, verursacht wird. Diese Erweiterung des Rechts zum Schußwaffengebrauch dient dem besseren Schutz der körperlichen Integrität, da selbst erhebliche Körperverletzungen strafrechtlich Vergehen sind. In diesen Fällen wurde bisher auf die Notwehrvorschriften zurückgegriffen, die nach der Konzeption des Entwurfs aber keine Grundlage für die Anwendung unmittelbaren Zwangs sein sollen. Der in dieser Vorschrift verwendete Begriff „Gefahr für Leib oder Leben“ entspricht dem des Strafgesetzbuchs (vgl. z. B. §§ 34, 35, 102, 177, 178, 249, 252, 255 Strafgesetzbuch). Aus der Verbindung der Begriffe „Leib oder Leben“ folgern Rechtslehre und Rechtsprechung, daß nicht jede drohende Körperverletzung genügt, sondern nur eine schwerere Verletzung. Der Begriff „gegenwärtig“ im Entwurf deckt sich mit dem in den Notwehrvorschriften (§ 32 Abs. 2 Strafgesetzbuch, § 227 BGB).

Art. 45 Abs. 1 Nr. 4 des Entwurfs läßt den Schußwaffengebrauch zur Vereitelung der Flucht oder zur Ergreifung einer Person, die in amtlichem Gewahrsam zu halten oder ihm zuzuführen ist, nur dann zu, wenn die Person aufgrund richterlicher Entscheidung wegen eines Verbrechens oder aufgrund des dringenden Verdachts eines Verbrechens oder wenn sie aufgrund richterlicher Entscheidung wegen eines Vergehens oder aufgrund des dringenden Verdachts eines Vergehens, sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Schußwaffen oder Explosivmittel mit sich führt, in amtlichem Gewahrsam zu halten oder ihm zuzuführen ist. Bei der Ergreifung aus dem Strafvollzug Entwichener ist Grundlage für das polizeiliche Handeln § 87 Strafvollzugsgesetz und Art. 15 Abs. 3 des Entwurfs; danach kann der Gefangene durch die Vollzugsbehörde oder auf ihre Veranlassung hin festgenommen und in die Anstalt zurückgebracht werden. Sonst sind Grundlagen polizeilichen Handelns unmittelbar die richterlichen Entscheidungen (Verurteilung, Haftbefehl) oder die Festnahmebefugnis der Polizei nach § 127 Strafprozeßordnung. ~~§ 127 StPO~~

(...)

Geiselnahme diente nur als Vorwand!

Auf versammelte Menschen soll geschossen werden!

Art. 46

Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge

(1) Der Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge ist unzulässig, wenn für den Polizeibeamten erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden. Das gilt nicht, wenn der Schußwaffengebrauch das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr ist.

(2) Unbeteiligte sind nicht Personen in einer Menschenmenge, die Gewalttaten begeht oder durch Handlungen erkennbar billigt oder unterstützt, wenn diese Personen sich aus der Menschenmenge trotz wiederholter Androhung nach Art. 42 Abs. 3 nicht entfernen.

eine "Gewalttat" lässt sich doch schnell in einer Menschenmenge herstellen.

Da genügt ein Provokateur.

Und dann gilt: "Feuer frei! Auf den Haufen!"

Falls Schüsse nicht ausreichen - eine Maschinengewehrsalve reinhalten.

Art. 47

Besondere Waffen, Sprengmittel

(1) Maschinengewehre und Handgranaten dürfen gegen Personen nur in den Fällen des Art. 45 Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 5 und nur mit Zustimmung des Staatsministers des Innern oder eines von ihm im Einzelfall Beauftragten angewendet werden, wenn *

1. diese Personen von Schußwaffen oder Handgranaten oder ähnlichen Explosivmitteln Gebrauch gemacht haben und

2. der vorherige Gebrauch anderer Waffen erfolglos geblieben ist.

(2) Maschinengewehre und Handgranaten dürfen nur gebraucht werden, um angriffsunfähig zu machen. Handgranaten dürfen gegen Personen in einer Menschenmenge nicht gebraucht werden.

(3) Im übrigen bleiben die Vorschriften über den Schußwaffengebrauch unberührt.

(4) Sprengmittel dürfen gegen Personen nicht angewendet werden.

* in diesem Fall Strauss-Freund und Nazi-Sympathisant Alfred Seidl!

Maschinengewehre u. Handgranaten! Was habe mir Spezialeinheiten für "Notstandsgesetze" vorbehalten war, darf nun auch die allgemeine Polizei: Es gehört also auch zu ihren Aufgaben! Bleibt die Frage: Auf was bereitet sich diese Staat (oder besser die Mächtigen und ihre Polizei) vor?

Zu Art. 46 (Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge)

Art. 46 des Entwurfs unterscheidet sich wesentlich von Art. 42 Abs. 2 PAG. Er bringt eine Regelung für den Schußwaffengebrauch gegen eine Menschenmenge, der allerdings nur zulässig ist, wenn auch die Voraussetzungen nach den Art. 44 und 45 des Entwurfs gegeben sind. Art. 46 tritt lediglich ergänzend hinzu. Sein Abs. 1 wiederholt inhaltlich die Regelung des Art. 44 Abs. 4.

Abs. 2 des Entwurfs bringt eine ergänzende Regelung zum Begriff des Unbeteiligten. Er berücksichtigt, daß bei einem Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge zwangsläufig andere Personen gefährdet werden. Wollte man jedoch deswegen den Schußwaffengebrauch gegen eine Menschenmenge, die Gewalttaten begeht, untersagen, so wäre die Polizei gegenüber einer solchen gewalttätigen Menge hilflos; das erscheint im Hinblick auf die besonderen Gefahren, die von einer gewalttätigen Menge ausgehen, unvermeidbar. Deshalb sieht Art. 46 Abs. 2 vor, daß Personen in einer Menschenmenge, die Gewalttaten begeht oder durch Handlungen erkennbar billigt oder unterstützt, nicht als Unbeteiligte anzusehen sind, wenn sie sich trotz wiederholter Androhung nach Art. 42 Abs. 3 des Entwurfs nicht aus der Menschenmenge entfernen. Die Wiederholung der Androhung des Schußwaffengebrauchs ist in Art. 42 Abs. 3 Satz 2 gegenüber Personen in einer Menschenmenge ausnahmslos vorgeschrieben.

Zu Art. 47 (Besondere Waffen, Sprengmittel)

Das „Sicherheitsprogramm für die Bundesrepublik Deutschland“ sieht die Ausrüstung der Polizei mit den in Art. 47 bezeichneten besonderen Waffen vor und verlangt insbesondere, daß die Ländergesetze die Rechtsgrundlage für ihre Anwendung enthalten müssen. Wegen der besonderen Bedeutung des Einsatzes dieser Waffen soll allerdings nur der politisch verantwortliche Minister oder allenfalls sein im Einzelfall Beauftragter den Einsatz freigeben können, wie das in einigen Ländern bereits durch Gesetz oder Verwaltungsvorschrift geregelt war.

Nach dem geltenden Recht war in Bayern der Gebrauch von Handgranaten nur im Fall des Art. 91 Abs. 2 des Grundgesetzes zulässig (Art. 45 PAG); das ergibt sich daraus, daß in diesem Fall das UZwG unmittelbar anwendbar ist und daß aufgrund dieses Bundesgesetzes die Anwendung dieser Waffen zulässig war.

Die besonderen Waffen sollen wegen ihrer Wirkung nur eingesetzt werden dürfen, um Personen, die von Schußwaffen oder Explosivmitteln Gebrauch gemacht haben, angriffsunfähig zu machen. Ferner muß dem Gebrauch der besonderen Waffen eine erfolglose polizeiliche Anwendung anderer Schußwaffen vorausgegangen sein. Zur Verhinderung der Flucht erscheint die Anwendung solcher besonderen Waffen unverhältnismäßig. Auch die Anwendung von Handgranaten gegen Personen in einer Menschenmenge soll aus den zu Art. 46 dargelegten Gründen ausgeschlossen sein.

Abs. 3 des Art. 47 stellt klar, daß die allgemeinen Vorschriften über den Schußwaffengebrauch, insbesondere die Art. 42, 44 und 45, auch für den Gebrauch der besonderen Waffen gelten, soweit sich aus Art. 47 nichts anderes ergibt.

Dachau 1978

Auch in diesem Jahr versuchten die Neofaschisten in Dachau wieder Fuß zu fassen. Für den 16.4.78 kündigten die Jungen Nationaldemokraten eine Kundgebung an. Auf Grund des breiten Protests vieler demokratischer Organisationen und aus der Bevölkerung, verhängte der Dachauer Stadtrat ein Verbot. Ganz sicher trug auch die Aktion im letzten Jahr zu diesem schnellen Beschluß bei. Allerdings können sich die Demokraten auf solch ein formales Verbot nicht verlassen, denn, wie viele Beispiele gerade der letzten Zeit zeigen, pfeifen die Nazis auf solche Verbote, wenn die Demokraten nicht durch ihr aktives Eintreten darüber wachen, daß sich tatsächlich kein Faschist vortraut. Viele der anwesenden Demokraten, die in den letzten Wochen durch Anzeigen in verschiedenen Tageszeitungen gegen den Abbau der demokratischen Rechte protestiert hatten, zeigten durch ihre Teilnahme an dieser Aktion gegen die Nazis, daß sie erkannt haben, daß dies zwei Erscheinungen der Rechtsentwicklung in unserem Land sind.

Zur Aufklärung verteilten wir Flugblätter und brachten Plakate an, die für den 16. zu einer antifaschistischen Demonstration und Kundgebung mit anschließendem Besuch der KZ-Gedenkstätte und Kranzniederlegung aufriefen.

Nach einem Demonstrationszug durch die Stadt nahmen 300-400 Antifaschisten an der Kundgebung teil, bei der neben der Landesvorsitzenden der Bayrischen Jungdemokraten und eines Vertreters des Anti-Strauß-Komitees auch der Vorsitzende der VVN Dachau sprach. Dieser, der selbst 11 Jahre im KZ Dachau interniert war, sagte u.a.: "... Wenn wir eure Initiative sehen, daß ihr den Begriff des Sinnes des antifaschistischen Kampfes aufnehmt und den Beschluß, den wir in den Konzentrationslagern gefaßt haben, daß wir als wir befreit wurden, unseren letzten Appell hatten und unsere Parole und unser Beschluß war: Wehret den Anfängen! Nieder mit dem Faschismus! Aber wir haben auch heute große Angst und große Sorge, wenn man auf der einen Seite von Demokratie spricht und auf der anderen Seite Urteile wie in Mannheim fällt, wo man diese NSDAP als staatszerstörend hinstellt und ich glaube, (...) die gegen den Faschismus gekämpft haben, waren die Garantie

für ein besseres, demokratisches Deutschland und solange wir leben, werden wir den Gedanken des Kampfes, den wir damals in den KZ's geführt haben, weiter als unsere Lebensaufgabe stellen.

Nie wieder Faschismus! Dachau frei! Bundesrepublik frei von Faschismus! Und wir werden uns jedes Faschisten wehren, mag er in Gehrock, mag er im Zylinder, mag er in Wandervogelkleidung kommen! Wir sagen immer: Bist Du ein Faschist, dann trennen wir uns von dir! Darum: NIE WIEDER FASCHISMUS!"

Diese Rede erschütterte und bestärkte uns zugleich darin, nicht nachzulassen im Kampf gegen den Faschismus. Dabei fällt allen Antifaschisten in Bezug auf Dachau eine besondere Verantwortung zu.



RUND 200 TEILNEHMER hatten sich gestern auf dem Marktplatz eingefunden, um mit dem Anti-Strauß-Komitee „gegen den Faschismus“ zu demonstrieren. Photo: Staudinger

Diese Stadt, in der das erste Nazi-KZ errichtet wurde, muß antifaschistisch bleiben. Diese Stadt wird auch in Zukunft ein Maßstab für die Stärke oder Schwäche der Antifaschisten sein. Damit Dachau ein Beispiel für die Stärke der Antifaschisten bleibt, ist die volle und uneingeschränkte Mitarbeit der VVN München notwendig, so wie sie 1977, leider aber nicht 1978 war.

„Nie wieder Faschismus“

Das Anti-Strauß-Komitee demonstriert in Dachau

Dank an OB Reitmeyer wegen Verbots der NPD-Kundgebung

Dachau — „Für die Verteidigung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Werktätigen, gegen Faschismus und Krieg“, setzt sich das Anti-Strauß-Komitee ein, das gestern einen Protestzug durch die Dachauer Altstadt veranstaltete. Ziel dieser Demonstration war es, die Dachauer Bürger erneut auf das Geschehen während des Zweiten Weltkrieges aufmerksam zu machen und besonders auf die Grausamkeiten in den Konzentrationslagern. Vom Dachauer Bahnhof zogen die Anhänger des Antifaschismus durch die Altstadt, bis zum Marktplatz, wo eine Versammlung mit Kundgebungen und Liedern gegen den Nationalsozialismus, „gegen Faschismus und für die Demokratie“ abgehalten wurde. Die „Jungen Nationaldemokraten“ hatten ursprünglich bei der Stadt beantragt, am 16.4.78 in Dachau eine Kundgebung zu veranstalten. Der Stadtrat hat diesen Antrag abgelehnt. Die Teilnehmer der Kundgebung haben sich durch das Verbot der NPD-Kundgebung sehr freuen lassen.

wir es waren, die zusammen mit geflohenen KZ-Häftlingen mit der Waffe in der Hand auf dem Rathausplatz einen Aufstand gegen die SS organisiert haben.“

Die Versammlung protestierte energisch gegen die neue Hitlerwelle, die durch Film, Fernsehen, Presse und Literatur unterstützt werde. Einer der Teilnehmer betonte, daß die wirtschaftliche Situation heute „sehr stark“ der vor dem Zweiten Weltkrieg gleiche. Nur...

aus der Zeitung: 17.4.78
DACHAUER NEUESTE

Frankfurt

17. Juni 78

Trotz der Fußball-Weltmeisterschaften löste die Groß-Demonstration gegen das "Deutschland-Treffen" der NPD ein bundesweites Aufsehen und eine Vielzahl von Berichten und Kommentaren aus.

Schon letztes Jahr hatten die NPD-Faschisten am 17. Juni eine Kundgebung in Frankfurt abgehalten und dabei Gegendemonstranten mit Stangen und anderen Schlagwerkzeugen angegriffen. Heuer sammelten sich auf dem Festplatz am Ratsweg etwa 4000 Alt- und Jungnazis, um über die Obermain-Anlage zum Römerberg zu marschieren, wo hinter Absperrgittern der Polizei ihr Redner-Pult aufgebaut war. Nachdem aber der Bundesvorsitzende Mußnug um 14.45 Uhr eine Verbotserfügung vorlesen mußte, wurde ihr Zug an der Obermainanlage von der Polizei gestoppt und zur Umkehr auf den Ratsweg veranlaßt.

Auf dem Römerberg versammelten sich schon ab 12 Uhr antifaschistische Gegendemonstranten vor den Absperrungen, es wurden immer mehr. Dann marschierte ein mächtiger Zug von mehreren Tausenden auf, antifaschistische Initiativen aus den verschiedensten Städten, besonders aus dem norddeutschen Raum, Mitglieder mehrerer kommunistischer Vereinigungen, Drucker-Kollegen unter dem Transparent "Rundschau-Kollegen gegen den Faschismus", 3. Welt-Komitees, zahlreiche Frauengruppen, Gruppen der "bunten" Anti-AKW-Bewegung und zahlreichen Initiativen und Vereinigungen der Linken, auch antifaschistische Christen und Pazifisten. Die Marschsäule und viele hundert unorganisiert Nachströmende füllten den Platz bis hin zur Braubachstraße und zum Technischen Rathaus.

Auf dem Paulsplatz in der Nähe sammelten sich andere antifaschistische Gruppen meist sozialdemokratischer Richtung, Jungsozialisten, Gewerkschafter, eine türkische Folkloregruppe und alte Antifaschisten, die die KZ-Lager überlebt haben.

Auf dem Römerberg entwickelte sich alsbald eine bedrohliche Situation. Immer mehr Polizisten mit großen runden Plexiglas-Schilden, Visierhelmen, langen Holzknüppeln sprangen aus olivgrünen Mannschaftswagen und formierten sich martialisch wie römische

Legionäre, Wasserwerfer visierten die Menge an. In dieser Situation begann eine kleine Anzahl junger Leute einige leere Bierbüchsen und Farbeier über die Köpfe der

Polizeiketten in Richtung der faschistischen Ordner beim Rednerpodium hinter der Absperrung zu werfen, gegen zahlreichen Protest anderer. Die Faschisten warfen diese Gegenstände auch zurück, jedenfalls klatschten einige Farbeier auch in die Reihen der Polizei. Solche unpassenden Aktionen einer Minderheit (in Frankfurt allgemein als "Spontis" bekannt, meist junge Bohemiens, dem Schwabinger Straßenvölkchen vergleichbar) kamen der Polizeiführung wie gerufen. Lautsprecher forderten zum sofortigen Verlassen des Platzes auf. Sogleich danach spritzten die Wasserwerfer, das Wasser schmeckte beißend nach chemischen Zusätzen. Die Polizei stürmte vor und man hörte das dumpfe Geräusch der Knüppel, Angstrufe, Schmerzensschreie und sah eine wilde Verfolgungsjagd. Leute wurden eingeholt, stürzten übereinander oder über Absperrungsgitter und wurden wahllos zusammengedroschen.

Nach einer Viertelstunde dramatischer Menschenjagd war sowohl der Römerberg als auch der Paulsplatz "abgeräumt" und mit Gittern abgesperrt. Der Frankfurter Polizeipräsident Knut Müller meinte später dazu: "Wir haben im recht energischen Einsatz den Römerberg geräumt".

Recht energisch, energisch rechts, so kann man allerdings sagen. Wer weiß wie viele friedliche Demonstranten ins Krankenhaus gebracht wurden, auch zufällige Passanten. Man sah auch verletzte Frauen, eine junge Frau taumelte an die Wand, das Blut tropfte von ihrer aufgeplatzten Stirn und besudelte ihren weißen Hosenanzug. Überhaupt liefen viele Leute mit blutenden Köpfen immer noch auf der Flucht weiter, nachdem die Polizei schon wieder Halt gemacht hatte (Holzknüppel hinterlassen keine Blutergüsse sondern Platzwunden).

Nach dem ersten Schock begann vor der Paulskirche in ziemlicher Nähe eines Polizeikordons die Kundgebung der Sozialdemokraten. Der ÖTV-Kreisvorsitzende Jungmann und der Vorstand des SPD-Unterbezirks Frankfurt kritisierten das Vorgehen der Polizei und warnten vor dem Aufkommen neonazistischer Gruppen, die besonders die Jugendarbeitslosigkeit für ihre Zwecke demagogisch ausnutzen wollen. Der Vater des Berufsverbots-Opfers Sylvia Gingold, Peter Gingold, rief seine Zuhörer auf, rechtzeitig die Einheit gegen rechts herzustellen und unterstrich das mit einer Schilderung seiner KZ-Erlebnisse.

Nach einer Kranzniederlegung lief diese Kundgebung in Diskussionsgruppen und Gesprächen aus.

Zwischenzeitlich kam es in näherer und weiterer Entfernung noch über eine Stunde lang zu einer Serie von Vorfällen. Kleine Gruppen, nicht typisch für die Gesamtmasse der Antifaschisten lieferten sich Auseinandersetzungen mit Polizisten, warfen Steine und die Polizei warf zurück. Krankenwagen rasten mit Blaulicht durch die Straßen, der sonstige Verkehr ruhte, einige Leute improvisierten Barrikaden aus Holzplatten und Baumaterial oder beschädigten Autos und Schaufenster. Es ist jedem vernünftigen Menschen klar, daß solche Eskapaden scharf abzulehnen sind und den Faschisten offener oder "seriöser" Art nur in die Hände arbeiten. Die Bildzeitung und andere Organe stürzen sich begierig auf dergleichen Dinge, um den demokratischen Widerstand gegen den Neonazismus in die anarchistische Ecke zu schieben. Wer weiß, ob sie nicht direkt über Provokateure selbst anheizten ...

Ein Notarzt soll gesagt haben, er meine in einem Feldlazarett zu sein. Wer hat all die Verletzten zu verantworten? Das Verwaltungsgericht hat die von Oberbürgermeister Wallmann bereits verbotene NPD-Kundgebung doch erlaubt und der brutale Polizeieinsatz ist die Ursache auch der Verbitterung der unverantwortlichen Aktionen einiger Grüppchen gewesen. Man muß es gesehen haben, wie eine Masse flüchtender Menschen einen Bretterzaun niederrennt, weil anders kein Entkommen möglich war.

Und warum das Ganze ?

Offensichtlich haben die Mächtigen in

Wirtschaft und Staat Interesse am Aufwerten der NPD und ähnlicher Gruppen. Die gleichen Industrie- und Finanzdynastien sorgen auch für staatliche Maßnahmen wie Berufsverbote, Einengung der Meinungsfreiheit kritischer Bürger und immer weitere Sicherheits- und Polizeigesetze, Notstandsgesetze meist vorgeblich gegen den Terrorismus gerichtet, in Wahrheit auf ganz andere Leute abzielend. Das ist eine Politik, die nach allen bisherigen schlechten Erfahrungen dieses Jahrhunderts für den kleinen Mann alarmierend sein muß. Solche rechte Politik ist kein Selbstzweck, es besteht ein unheilvoller Zusammenhang mit der Rüstung und der anvisierten Großmachtpolitik. Man befließigt sich ja schon z.B. um Einflußnahme in rohstoffreichen afrikanischen Ländern. All das beinhaltet Konsequenzen, die viele Bürger noch nicht einsehen (braucht die Bundeswehr Tropenausrüstungen wirklich zwecks Hilfeleistungen in Katastrophenfällen in diesen Ländern?).

Es geht nicht nur um die Bürgerrechte, es ist auch ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung des Friedens, wenn die wirklichen Demokraten dieses Landes den faschistischen Vorreitern dieser gefährlichen Tendenzen gemeinsam den Weg versperren.

Die Rechten und Faschisten sind in Wahrheit nicht national. Sie bringen nicht Ruhe und Ordnung, sondern Trümmer, Elend und Chaos für das Volk.

So gesehen sind wir für die Beherzigung eines CSU-Slogans: "Einmal neidappt langt!"



Brutal prügelnde Polizisten kurz vor ihrem Einsatz
(Was wird sein, wenn sie erst gezielt Totschießen dürfen?).

STRAUSS -

Feind der Gewerkschaften

Als ich auf der 1. Mai Kundgebung des DGB den "Demokratischen Informationsdienst" verkaufte, kam ich mit einem älteren Gewerkschaftskollegen ins Gespräch. "Ein Anti-Strauß-Komitee bräuhete es nicht, wenn die Gewerkschaften eine richtige Politik machen würden," so begann der Kollege unser Gespräch. Daß jemand, der so eindeutig Freund und Beauftragter der deutschen Unternehmer ist, dessen ganze Politik einzig und allein darauf zielt, die Arbeiter noch mehr auszuplündern und sei es, daß man ihnen dazu alle ihre demokratischen Rechte wegnehmen muß; jemand, der die besten Beziehungen zu alten und neuen Nazis hat, sich selbst als Führer des Rechtskartells empfiehlt, der im Ausland überall dort Gast ist, wo die schlimmsten und blutigsten Herrscher der Welt, die Faschisten regieren, daß so jemand der größte Feind der Gewerkschaften ist, darüber waren wir uns einig.

Warum aber machen die Gewerkschaften nichts gegen diesen gefährlichen Mann? Warum setzen sie nicht überall der Strauß'schen Hetze den Standpunkt der Arbeiter und Angestellten gegenüber? Warum organisieren sie nicht den Protest gegen Strauß?

Die Kollegen empören sich zwar über die Strauß-Provokation in Chile, sehen aber zu wenig, daß ein Feind der internationalen Arbeiterbewegung mit Sicherheit der größte Feind der eigenen Arbeiterbewegung ist. Was Strauß in Chile gesagt hat ist sein Programm für Deutschland!

Strauß bezeichnet das Verbot der Gewerkschaften als "Freiheit". Damit verhindert wird, daß auch in unserem Land diese uneingeschränkte Freiheit der Unternehmer herrschen kann, müssen doch an allererster Stelle die Gewerkschaften jedem Schritt in dieser Richtung ihren Widerstand entgegensetzen!

Daß dies bisher noch nicht geschieht, liegt sicher mit daran, daß Strauß' Angriffe gegen die Gewerkschaften hier so demagogisch verkleidet sind, daß ihr wahrer Kern erst herausgearbeitet werden muß.

In einer der letzten Nummern des *Bayern-Kurier* steht ein Artikel über den DGB-Bundeskongreß.

"Die Funktionäre des DBG demonstrieren auf dem 11. Ordentlichen Bundeskongreß in Hamburg Entschlossenheit zur Machtübernahme im Staat im Zuge der Systemüberwindung. Das Ziel ist der Sozialismus. Als Methoden dienen Einschüchterungen und die Mitbestimmung im Sinne der Fremdbestimmung ohne Verantwortung und Haftung".

Gleich in diesem ersten Satz dieses *Bayern-Kurier*-Artikels wird gesagt, worum es Strauß und seinen Schreiberlingen geht. Verunglimpfung der Arbeiterbewegung, indem ihr Handeln als "ohne Verantwortung und Haftung" gekennzeichnet wird. Angst vor dem Sozialismus, das soll der Leser kriegen. Das soll er doch endlich mal richtig verinnerlichen, wo doch die Methoden des Sozialismus laut BK Einschüchterung und Fremdbestimmung sind. Das, was vielen Kollegen stinkt, daß viele Gewerkschaftsfunktionäre tatsächlich unsere Interessen oft schlecht vertreten, z.B. bei Lohnkämpfen, das will Strauß so wenden, daß er uns aufhetzt gegen die Gewerkschaften, die ja in Wirklichkeit nur dann eine Politik in unserem Interesse machen werden, wenn wir, die Mit-

glieder geschlossen und tatkräftig dahinter stehen. Was Strauß sich wünscht ist unsere Spaltung. Und leider fallen viele Kollegen auf diesen Schwindel herein, was die Erfolge von rechten Gruppen bei einer Reihe von Betriebsratswahlen belegen.

"...in einer EntschlieÙung verwahren sich die den wahlberechtigten Bürgern nicht verpflichteten und nur vereinsrechtlich legitimierten Funktionäre gegen Angriffe auf ihre Aktionen und Ziele."

Auch hier werden die Gewerkschaften diffamiert. Sie seien ja nur ein Verein. Der wahlberechtigte Bürger hat auf die Gewerkschaften leider keinen Einfluß. Das würde dem Strauß so passen: Die Politik am besten ganz raus aus Betrieben, da sehen die Kollegen noch viel zu klar wer ihr Gegner ist, auf der Ebene von Wahlen fürs Parlament da läßt sich das schon viel mehr vertuschen, wie die Wahlergebnisse zugunsten der CDU/CSU schlagend beweisen. Dem müssen die Gewerkschaften etwas entgegensetzen. Politik gehört in die Betriebe. Und sie gehört noch viel mehr rein! Die Gewerkschaften dürfen sich nicht beschränken auf den Kampf zur Absicherung unserer materiellen Lage. Das beste Mittel dem Strauß das Wasser abzugraben ist der politische Kampf der Gewerkschaften gegen die Strauß'sche Politik: Aktionen gegen Abbau demokratischer Rechte, gegen Neonazis gegen Arbeitslosigkeit und Lohnabbau.

"Zum Ausdruck kam diese Radikalisierung gewerkschaftlicher Führungsstäbe, die scharenweise aus dem Reservoir ultralinken Jungakademiker rekrutiert werden, eben auch in den erfolgreichen Systemveränderungsanträgen des Kongresses"

Da muß wirklich alles herhalten, um die Gewerkschaften schlecht zu machen, selbst die Abneigung vieler Kollegen gegen Akademiker.

"... so gewiß zerstören diese sich weder der Freiheit der Arbeitnehmer noch dem Gemeinwohl verpflichtet fühlenden und allein auf Ausweitung ihrer 'autonomen Handlungsmöglichkeiten' zielenden sozialistischen Gewerkschaftsagitatoren den sozialen Rechtsstaat, wenn das Parlament dem nicht Einhalt gebietet, ehe es zu spät ist."

So endet der Artikel (alle Zitate aus dem Bayern Kurier vom 3.6.78) und spricht zum Schluß Klartext: Die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaft müssen eingeschränkt werden! Das Parlament, dessen Zusammensetzung immer reaktionärer wird, soll die Macht der Gewerkschaften beschneiden. Die "Macht" der Gewerkschaften besteht darin, daß sie das Mittel des Streiks hat. Also hat Strauß vor allem eins im Auge: Einschränkungen der Tarifautonomie und des Streikrechts. Daß diese Auseinandersetzung Klassenkampf ist, weiß Strauß. Er weiß, daß es darum geht wer stärker ist: er und seine Hintermänner oder wir, die Arbeiter und Angestellten.

Strauß schafft sich inzwischen die Mittel zum Kampf seiner Klasse. Federführend ist er beteiligt an der Planung und Verabschiedung von Gesetzen, die die grundlegendsten demokratischen Rechte einschränken: das Streikrecht, das Demonstrationsrecht, das Versammlungsrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Koalitionsrecht.

Diesem organisierten Angriff der Unternehmer können wir auch nur organisiert, das heißt in und mit unseren Gewerkschaften entgegentreten.

Da geht kein Weg dran vorbei. Entweder es geht weiter abwärts mit unseren Lebensbedingungen und unseren demokratischen Rechten, das heißt, Strauß verwirklicht sein Programm oder die Gewerkschaften werden aktiv im Kampf für unsere Rechte!

**„Jeder hängt von mir
ab, der Kanzler werden will.
Es wäre unklug von
jemandem, der sehr hohe
Ämter anstrebt, sich mit
uns anzulegen“**

Franz Josef Strauß

Den Freund und Mitstreiter "heimgeholt"...

Zum Kongreß 1977 der ultrakonservativen Paneuropa-Union, deren Vorsitzender "Seine Kaiserliche Hoheit" Otto von Habsburg ist, schrieb einer seiner Freunde den Leitartikel der Paneuropa-Zeitung "Freies Europa". Dieser Freund war Franz Josef Strauß.

Freund Habsburg will nun noch stärker in die Europapolitik einsteigen, er strebt wie auch Strauß ein Mandat im Europaparlament an. Von Österreich aus, das nicht in der EG ist, ist ihm das nicht möglich, also kommt er zu seinem Freund nach Bayern, und das Motto heißt wieder einmal: Mit Bayern für Deutschland - mit Deutschland für Europa...

Man ist sich einig, was das Ziel betrifft, man unterstützt sich auf dem Weg dahin.

Kurz vor seiner Einbürgerung mischte sich Habsburg bereits in einem Artikel in der äußerst rechten "Zeitbühne" des William S. Schlamm massiv und unmißverständlich in die Innenpolitik der BRD, indem er zur "Abwehr der terroristischen Gefahr" empfahl, eine befristete "Ein-Mann-Diktatur" einzurich-



Diktatur-Freund wurde deutscher Staatsbürger

Otto von Habsburg, der mit seinem Ruf nach einem Diktator in der „Zeitbühne“ von sich reden machte, bekam im Schnellverfahren die von ihm verlangte deutsche Staatsbürgerschaft von der Abteilung „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ bei der bayerischen Regierung. Obwohl es in den Einbürgerungsrichtlinien heißt, „Personen, die in innerer Abhängigkeit zu totalitären Ideologien stehen, ist die Einbürgerung zu versagen“, warf sein Einbürgerungsfall für Bayern „keine besonderen Probleme“ auf. In der rechtsklerikalen „Deutschen Tagespost“ ruft Habsburg – jetzt als Deutscher – weiter nach der Diktatur: „... Wo blitzschnelle Entscheidungen geboten sind, gibt es keine Zeit für den normalen Instanzenweg...“

Die "Tat"
16.6.78

Auch-Deutscher

Der älteste Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto von Habsburg, ist jetzt auch Deutscher. Seine österreichische Staatsbürgerschaft behält Otto von Habsburg zusätzlich. Der Vorsitzende des Bundesinnenausschusses, Dr. Wernitz, äußerte Bedenken gegen die Einbürgerung von Habsburg. Er begründete diese damit, daß von Habsburg vor einiger Zeit in einem Zeitschriftenartikel dafür eingetreten war, zur Abwehr der terroristischen Gefahr in der Bundesrepublik befristet eine „Ein-Mann-Diktatur“ einzurichten.

Die "Woche"
14.6.78

ten. Welcher Mann sollte und könnte das wohl sein?

Nachdem er dann im Schnellverfahren Deutscher geworden ist, zeigt er gleich in den ersten Tagen, wie sehr er hier gebraucht wird. Auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten, der derzeit noch Goppel heißt, spricht er anlässlich der Feier zur Verleihung des Bayerischen Verdienstordens über die Berufung Bayerns, große Europa- und Weltpolitik zu machen. Daraufhin wird er von CSU-Staatssekretär Vorndran als Festredner zur Veranstaltung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland am "Tag der deutschen Einheit" bestellt...

Dieser Mann ist für uns hier so nötig wie ein Kropf. Zumal wir eben nicht die Möglichkeit haben, ihm politische Betätigung zu untersagen, wie die Österreicher das getan haben. Als er 1966 nach Jahrzehnten (die Habsburger waren 1918 ausgewiesen worden) die Erlaubnis für einen Besuch in Österreich erhielt, war das für 250 000 Arbeiter Grund genug dagegen zu streiken.

NPD in Regensburg - Antifaschisten müssen lernen

Beim Protest nicht stehenbleiben

Am 8. Mai 45 wurde das deutsche Volk vom Hitlerfaschismus befreit. Statt diesen Tag als Gedenktag zu begehen, sehen die Behörden zu, wie Faschisten aufmarschieren.

An den Tagen um dieses Datum zeigen die Nazis nun schon alle Jahre wieder, daß sie nicht kapituliert haben und verherrlichen mit Märschen, Fackelzügen, Kundgebungen und Parteitagen öffentlich-provokativ ihr Vermächtnis vom großdeutschen Mord- und Terrorstaat. Am 8. Mai letzten Jahres planten sie, die sechs Millionen Todesopfer der KZ's in einem Marsch durch Dachau zu verhöhnern. Durch massiven demokratischen Protest wurde der Dachauer CSU Bürgermeister jedoch zum Verbot des Nazimarsches gezwungen. Die Faschisten wollten natürlich trotzdem auftreten, aber eine machtvolle antifaschistische Demonstration vertrieb sie endgültig. Ihre Abendkundgebung am 6. Mai dieses Jahres in Erlangen traute sich die NPD ebenfalls nicht durchzuführen, als sich ca. 400 Antifaschisten zu einer Gegenkundgebung einfanden. Den Landesparteitag in Regensburg am 7. Mai setzte die NPD allerdings durch - mit Hilfe von zwei Hundertschaften Polizei und gegen den Protest der rund 250 versammelten Demokraten.

Eine Woche vorher, am 1. Mai, hatte der lokale DGB-Vorsitzende Kulig dazu aufgerufen, den NPD Parteitag zu verhindern. Als der DGB daraufhin bei OB Viehbacher ein Verbot des Parteitags beantragte, antwortete der CSU Jurist, er könne rechtlich nicht gegen die NPD vorgehen, auch wenn er sich natürlich von dieser Partei distanzieren müsse. Was derartige Lippenbekenntnisse eines CSU OB's in der Praxis bedeuten, mußten aktive Demokraten gleich am darauffolgenden Sonntag vor dem Tagungslokal der NPD am eigenen Leibe erfahren. Zwar gelang es der Kundgebung, den Vordereingang des Tagungslokals zu blockieren, so daß 110 von den 114 NPD Delegierten sich nur durch den Hintereingang hineinschleichen konnten. Dafür aber wurden Antifaschisten von der Polizei mit Tränengas besprüht, an den

Haaren aus der Kundgebungsmenge heraus und zu Boden gerissen und brutal im Polizeigriff abgeführt. Die angeblichen Rädelsführer der von der DGB Jugend, der GEW, der HBV, dem Anti-Strauß-Komitee und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes getragenen Protestkundgebung mußten zusätzlich noch ihre Personalien feststellen lassen. Die rechts-staatliche Tendenz, nun auch antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren, ist offensichtlich. Dem jüngsten NPD Urteil des baden-württembergischen Verfassungsgerichtshofes zufolge war das Vorgehen der Polizei durchaus rechtens. Am 11.4.78 entschied der VGH in Mannheim, daß die NPD nicht verfassungsfeindlich sei. Wenn Straußens "Hilfstruppler" in der Praxis bisher sowieso bedenkenlos in den Staatsdienst aufgenommen wurden, so sollen sie jetzt zudem noch die ausdrückliche rechtliche Erlaubnis haben, als Erzieher, Polizisten, Richter und sonstige Amts- und Würdenträger ihr faschistisches Unwesen zu treiben. Die weitere gefährliche Konsequenz des Mannheimer Urteils, das "Recht" der NPD nämlich, ihre Propagandaveranstaltungen ungehindert, d.h. nötigenfalls unter Polizeischutz abhalten zu dürfen, wurde in Regensburg bereits traurige Wirklichkeit. Das "Gütesiegel" -verfassungstreu-, das der VGH Mannheim der NPD aufgedrückt hat, zeigt wieder einmal überdeutlich, wie die Herren Verfassungsrichter "ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung" verstehen. Nicht die Treue zu den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie ist das ausschlaggebende Kriterium für ihr Urteil -verfassungstreu-, sondern die Treue zur Herrschaft des Monopolkapitals. Eine Partei, die eben diese Herrschaft mit dem Mittel der faschistischen Terrordiktatur aufrechterhalten will, paßt -so gesehen- selbstverständlich in das "freiheitlichdemokratische" Konzept unserer Verfassungsrichter. Es macht ihnen bezeichnenderweise dann auch gar nichts aus, bei ihrer Urteilsverkündung zuzugeben, daß "die NPD wesentliche Grund-

züge der parlamentarischen Demokratie nicht anerkennt", was doch nichts anderes heißt, als daß die NPD der Demokratie den Todesstoß versetzen möchte. Man lese nur, was sie in ihrem politischen Lexikon über Demokratie schreibt: Demokratie als Volksherrschaft sei "nie realisiert worden, da den Volksmassen die zum Regieren erforderlichen Kenntnisse, der Überblick über das politische Geschehen und auch die nötige Besonnenheit naturgemäß fehlen". Diese Fähigkeiten könnten auch nicht erworben werden, denn der "demokratische oder sozialistische Bildungsoptimismus, der Glaube, die gesamte Bevölkerung könne durch entsprechende Bildungsmöglichkeiten in den Stand versetzt werden, sich tatsächlich selbst zu regieren, übersieht die Verschiedenheit und Mangelhaftigkeit der Begabung". Demokratie ist damit als prinzipiell und für alle Zeiten widernatürlich und unsinnig charakterisiert. Jeder Versuch, "das Volk zur Selbstregierung zu bewegen (...), ist zum Scheitern verurteilt, weil er dem oben gekennzeichneten Urbedürfnis des Menschen widerspricht. Die Mehrheit der Menschen ist unpolitisch und wünscht regiert zu werden, nicht selbst zu regieren".

Wenn die NPD hier also dem "naturgemäß dummen einfachen Volk" seine demokratischen Grundrechte abspricht und nach dem Führer ruft, so verwundert es keineswegs, daß sie den Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April mit einer Großveranstaltung in Ulm feiern wollte. Dort bewies jedoch das "einfache" Volk, daß es klug genug ist, sich nicht mehr von den Nazis übertölpeln zu lassen. Die VVN/ Bund der Antifaschisten und der DGB hatten mobilisiert, und als die NPD'ler in ihr Veranstaltungslokal wollten, saßen bereits 400 Antifaschisten drin. Der gemeinsame erfolgreiche Widerstand in Ulm mag den Regensburgern zum Vorbild dienen. Die demokratischen Kräfte in diesem Land können sich Passivität und Uneinigkeit angesichts der immer schneller voranschreitenden Rechtsentwicklung nicht mehr leisten. Der von der Bundesregierung ermöglichten totalen Überwachung demokratischer Bürger und ihrer Bestrafung und Unterdrückung durch Berufsverbote, sowie den sogenannten Anti-Terrorgesetzen, die sich in der Hand schwarz-brauner Reaktionen ohne Schwierigkeiten gegen alle politisch nicht genehmen Bürger verwenden lassen, folgen von

ultrarechter Seite Angriffe auf das Streik - und Demonstrationsrecht, auf das Recht zu freier Information und Verbotsandrohungen demokratischer und antimonopolistischer Organisationen der arbeitenden Bevölkerung. Auf Betreiben der Rechten gehen die Staatsschutzorgane immer öfter gegen Gewerkschafter und selbst SPD'ler vor, während neonazistische Provokateure wie die NPD und die paramilitärischen Wehrsporttruppen ungestraft immer frecher und gewalttätiger auftreten. Die Gefahr, die in dieser politischen Situation von der NPD ausgeht, mag nicht oder noch nicht in ihrer zahlenmäßigen Stärke liegen. Sie liegt in der Funktion der NPD als Stoßtrupp jener politischen Handlanger der Monopolherren, die zielstrebig auf den Faschismus hinarbeiten. Leuten wie Strauß, die das KZ Chile als "Abschaffung der Demokratie zur Rettung der Demokratie" preisen, können die Verherrlichung der KZ's durch die NPD, die propagierte Ausmerzung des linken "Ungeziefers", der Einsatz von Schlägertrupps zu diesem Zweck nur recht sein. Durch die Pionierarbeit der NPD erkennen sie - oder meinen sie zu erkennen, wie weit sie in Richtung Faschismus vorstoßen können. Nach dem jüngsten NPD Urteil glaubte Straußens Spezi Filbinger schon, seine Tätigkeit als "furchtbarer Nazirichter" rechtfertigen zu können, als er sagte: "Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein." Er hat sich getäuscht, und seinesgleichen werden sich täuschen. Die Gerichte mögen alte und neue Faschisten in Schutz nehmen, Terroristen ihnen Vorschub leisten, die Kapitalisten sie finanzieren. Die demokratische Öffentlichkeit ist wachsam geworden. Filbingers Unverschämtheit rief bundesweit eine Welle der Empörung hervor. Der gemeinsame Widerstand aller Demokraten ließ die diesjährigen NPD Veranstaltungen in Dachau, Aalen, Gießen, Erlangen und Ulm platzen. 30 000 marschierten in Köln auf der internationalen antifaschistischen Demonstration gegen die rapide Rechtsentwicklung und das Wiedererstarken faschistischer Kräfte in der BRD. Selbst die jüngste Niederlage in Regensburg wird uns zum Sieg, wenn wir aus ihr gelernt haben - gelernt, daß wir im antifaschistischen Kampf nicht beim Protest stehen bleiben

dürfen und trotz aller politischen und weltanschaulichen Differenzen einig, entschlossen und ohne zurückzweichen vorgehen müssen. ■

Zwischenfall während der Bundestagsdebatte

Im stark bewachten Bundestag hatte die 2. Lesung der sogenannten Anti-Terror-Gesetze am 16.2.78 gerade begonnen. Da lief auf der Zuschauertribüne eine junge Frau zur Balustrade. Trotz des nur wenige Schritte entfernt stehenden Wachpersonals schaffte sie es, blitzschnell ein Transparent zu entrollen und in den Plenarsaal hinabhängen zu lassen. Zu lesen war darauf: "Verteidigt die Demokratie! Gegen die Sondergesetze!"

Noch während sie von beiden Seiten von

Wachbeamten gepackt und abgeführt wurde, rief sie den Abgeordneten zu: "Verteidigt die Demokratie, stimmt gegen die Sondergesetze!"

Wir drucken im folgenden ihre, der deutschen Presseagentur übergebenen Presseerklärung ab und fordern auf, diese beherzte junge Frau zu unterstützen, falls gegen sie ein Strafverfahren durchgeführt wird wegen ihres Versuchs, im Bundestag selbst den Wunsch vieler Demokraten nach Ablehnung dieser Gesetze zum Ausdruck zu bringen.

Presseerklärung

"Ich wollte bei der Schlußberatung der sogenannten Anti-Terror-Gesetze mit meinem Transparent im Deutschen Bundestag auf den Widerstand demokratischer Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung gegen diese Gesetze aufmerksam machen.

Diese Gesetze werden in keiner Weise dem Kampf gegen Terroristen dienen, sondern stellen einen untragbaren Angriff auf die demokratischen Rechte der Bevölkerung dar. Wo bleibt das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, wenn auf bloßen Verdacht ganze Häuserkomplexe durchsucht werden können? Wo bleibt das Recht auf Unverletzlichkeit der Person, wenn man zur Feststellung der Identität 12 Std. festgehalten werden kann? Wo bleibt der Schutz gegen den Staat bei derartiger Erschwerung der Verteidigung? Wenn zu diesem Gesetz "ja" gesagt wird, ist kein weiter Weg mehr bis

zum gezielten Todesschuß, der schon im Polizei-Gesetzentwurf geplant ist.

Den letzten Anstoß dafür, heute hier aufzutreten, erhielt ich, als ich am letzten Wochenende am eigenen Leibe erlebte, wie und wozu diese Gesetze mißbraucht werden können. Ich wurde bei Ulm von bewaffneten Polizisten aus dem Zug geholt, weil ich von einem Mitreisenden als Terroristin denunziert worden war. Der Reisende hatte behauptet, in mir die gesuchte Friederike Krabbe erkannt zu haben. Ich wurde unter entwürdigenden Umständen abgeführt und festgehalten.

Ich hoffe, dazu beizutragen, den Widerstand der Demokraten gegen diese Gesetze zu stärken. Ich rufe insbesondere die Gewerkschaften auf, die Kraft der organisierten Arbeiterschaft gegen die Verabschiedung und die Anwendung solcher undemokratischer Gesetze ins Feld zu führen."

Bonn, 16.2.78

gez. Barbara F.

30 000 Antifaschisten demonstrierten -

Ein Erlebnisbericht aus Köln

An einem Samstag im April 1978:

Am Mittag komme ich mit einem Kollegen nach Köln. Der Anlaß ist eine Demonstration gegen alte und neue Faschisten, für die Abschaffung der SS-Traditionsverbände. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und zahlreiche Verfolgten- und Widerstandsverbände in ganz Europa haben dazu aufgerufen. Noch Zeit bis zum Beginn der Demo; wir gehen durch die Fußgängerzone. Viele Menschen, wie in jeder Stadt am Samstag mittag. Viele Polizisten - unübersehbar - mir fällt ein, der 1. FC Köln hat ein Heimspiel. Zwischendurch Gespräche. Wieviele werden kommen - bei den Erfahrungen mit Demonstrationen in der letzten Zeit. Dann am Rhein entlang zum Sammelplatz. Wenige Leute begegnen uns, noch weniger, die man auf einer solchen Demonstration normalerweise antrifft. Befürchtungen scheinen sich zu bestätigen - hoffentlich lassen uns die Freunde aus dem Ausland nicht im Stich! Dann über die Straße; plötzlich viele Omnibusse - überallher -. Dahinter Menschen, tausende, junge und alte. Wir versuchen durchzukommen; suchen nach bekannten Gesichtern, finden ein paar und freuen uns darüber. Überall, wo man hinblickt, Menschen; später erfahren wir, daß es 30 000 sind. An der Straße scheint sich die Demonstration in Bewegung zu setzen - viel zu spät - die Veranstalter haben wohl auch nicht mit so vielen Teilnehmern gerechnet. Man kann nicht viel sehen; wir erkennen Fahnen - viele Fahnen - neben uns sagt jemand, das seien die französischen, italienischen (auch noch andere) Widerstandskämpfer. Darunter einige deutsche Soldaten in Uniform; So etwas gibt es also auch. Beifall kommt auf und setzt sich fort über den Ganzen Platz - minutenlang. Lange noch dauert es, bis wir uns in den Zug einreihen können und uns vom Platz entfernen. Neben uns eine Songgruppe. Sie singen phantastisch die ganze Zeit über. Wir mit: Morrsoldaten, Solidaritätslied, das Lied vom Berufsverbot.....

--- Seht die Feinde der Demokratie,
zimperlich waren sie nie.
Wenn ihre Herrschaft ist be-
droht,
dann greifen sie zum Berufs-
verbot.

Wie könnte man sie besser ausdrücken, diese bittere, historische Wahrheit! Ein Nebenprodukt. Ich stelle fest, daß ich fast keine Texte kann. Abgeschnittene Vergangenheit; es wird Zeit, sie nachzuholen, sie gegenwärtig zu machen. Ich werde mir die Texte besorgen.

Auf den Gehsteigen viele Menschen; einige singen spontan mit, als wir vorbeikommen.

Wir verlassen den Zug, stellen uns auf den Bürgersteig, lassen die Demonstration an uns vorbeiziehen. Es will nicht enden. Viele sind dabei. Jungsozialisten, Falken Kommunisten aller Richtungen, Spontis - keine ideologischen Scheuklappen! Besonders beeindruckend eine riesige Abordnung türkischer Ar-

beiter aus dem ganzen Bundesgebiet und die vielen Teilnehmer aus dem Ausland. Große Solidarität ist spürbar. Dann der Kundgebungsplatz. Kurze Reden - Bürgermeister von Städten in Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei - im 2. Weltkrieg von der SS dem Erdboden gleichgemacht; alles was lebte vernichtend - sprechen. Dazu noch ein paar andere Ansprachen; ein bißchen zu feierlich, zu sehr orientiert an der Vergangenheit. Nichts z. B. vom Berufsverbot heute und dessen Bedeutung. Die Moorsoldaten am Ende. Dann ist alles vorbei; vielleicht hat es 30 Minuten gedauert. Die Abschlußkundgebung ist bereits zuende, als noch nicht einmal alle Teilnehmer angekommen sind. Es hätte ruhig etwas kämpferischer sein können. Die Abschlußkundgebung hat mich ein wenig enttäuscht.

Insgesamt: Es war großartig, ein guter Ansatz. Man muß so etwas weiterführen, immer wieder, und nicht zu einer einmaligen Demonstration werden lassen. In diesen Sinne

Nachtrag: Heimweg erneut durch die Fußgängerzone. Zwei ehemalige Konzentrationslager-Häftlinge treffen sich - zum ersten Mal seitdem -. Die Fußgängerzone hat eine andere Gestalt - wenn auch nur für kurze Zeit!!!

URTEIL im 1. MAI PROZESS von REGENSBURG

**"ALLE Angeklagten sind unschuldig",
so kommentierte am Montag vormittag**

**Die Justitia vom Regensburger
Haidplatz-Brunnen das Urteil des
Gerichts im 1. Mai-Prozeß.**

Die Justitia-Statue am Regensburger Haidplatz-Brunnen fand im Gegensatz zum Gericht alle fünf Angeklagten im Regensburger 1. Mai-Prozeß für unschuldig.

Ein Prozeß ist vorläufig zu Ende, in dem sich etliche Staatsorgane nicht eben mit Ruhm bekleckert haben.

Prozeßgegenstand: Die "Vorfälle" nach Beendigung der Gewerkschaftskundgebung zum 1. Mai 1977. Die Soldaten Killer und Plank nehmen in Uniform an der Gewerkschaftskundgebung teil. Anschließend veranlaßt eine zivile Feldjägerstreife die Polizei zu ihrer Festnahme, da Soldaten in Uniform die Teilnahme an politischen Veranstaltungen verboten sei. Die Polizei drängt sich tumultuarisch wie die Axt im Walde durch die Umstehenden und nimmt die beiden Soldaten fest. Es gibt Anzeigen, weil dabei die Polizeibeamten ans Bein getreten, gezerrt und gezwickt worden sein wollen.

Im Prozeß verwickelten sich die beteiligten Beamten in Widersprüche, die skandalösen Ermittlungsmethoden kommen wegen einer von Innen-

ministerium und Polizeidirektion verordneten Aussageverweigerung nicht zur Sprache.

Die Regensburger "Woche" stellte die Peinlichkeit des Verfahrens gut heraus. Die Illustrierte "Stern", der "Vorwärts", die Süddeutsche und andere Zeitungen berichteten.

Es wurde klar, welche gewerkschaftsfeindliche Haltung in der Führung der Bundeswehr herrscht. Gewerkschaftliche Betätigung von Soldaten, das gilt offenbar als Merkmal des "inneren Feindes". Ranghohe Militärs in Uniform sind dagegen in NPD-Kreisen und bei den HIAG-Veteranen der Waffen-SS gern und oft gesehene Gäste).

Das Gericht kam nicht umhin, drei der Angeklagten freizusprechen und bei einem Angeklagten von einer Strafe abzuweichen. Die Gewerkschafterin Ursula Eggerding allerdings wurde zu 360,- DM Geldstrafe verurteilt. Es gebe ja keinen vernünftigen Grund, daß sie einen Polizisten nicht in den Magen geschlagen habe, so Richter Wahnschaffe. Gemeinsam mit einem der damaligen Soldaten hat sie nun einige Tausend an Prozeßkosten zu tragen. Nicht nur sie beide, sondern auch der Staatsanwalt legte Berufung ein. Der Staatsanwalt möchte die Freisprüche zweier Angeklagter rückgängig machen, die er im Prozeß selbst gefordert hatte. Spätestens dies zeigt, was gespielt wurde.



DIE DVU GEHÖRT VOR GERICHT UND NICHT DIE ANTIFASCHISTEN

Für den 3. September 1977 hatte die neofaschistische Deutsche Volksunion (DVU), deren Vorsitzender Dr. Gerhard Frey, der Herausgeber der Deutschen Nationalzeitung ist, eine Veranstaltung unter dem Motto "Ewig büßen für Hitler?" angemeldet.

Diese Veranstaltung sollte der Ersatz sein für einen sogenannten "Auschwitzkongress", der Anfang August 1977 in Nürnberg auf Grund zahlreicher Proteste vom Stadtrat untersagt worden war.

Sofort nach Bekanntwerden der DVU-Veranstaltung in München erhob sich breiter Protest. Der Pressedienst "Demokratische Initiative" (PDI) informierte die Stadt und die Öffentlichkeit über die provokatorischen Lügen der DVU, die beinhalten, daß in Auschwitz keine Juden vergast worden sind und forderte das Verbot der Veranstaltung.

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Hans Lamm, schrieb an den damaligen Oberbürgermeister von München, Georg Kronawitter:

"Wir Juden werden diese Schändung des Ansehens Millionen von Märtyrern nicht hinnehmen, sondern vor der Kundgebung demonstrieren, wenn sie nicht verboten werden sollte. Wenn dann die Knüppel der Polizisten auf uns einschlagen, wird dies zumindest für die Älteren von uns kein neues Erlebnis sein, denn wir haben derartiges schon 1933 mitgemacht."

Der Sprecher der "Jungen Union" sprach sich ebenso für ein Verbot aus:

"Da die Veranstaltung "Auschwitzlüge" in Nürnberg erfolgreich untersagt worden ist, müßte das doch auch bei uns möglich sein."

Die Stadt hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschlossen, die Veranstaltung zu verbieten.

Die Proteste wurden immer stärker. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Münchner SPD, die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die Deutschen Jungdemokraten, die Jusos, der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Rudolf Schöfberger, 10 Betriebsräte von Münchner Großbetrieben, Bernt Engelmann im Auftrag des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier und zahlreiche andere Gruppen und Einzelpersonen forderten von der Stadt das Verbot.

In dieser Situation hielten wir es für gerechtfertigt am 30.8.1977 die Plakate der DVU mit der Aufschrift "Ewig büßen für Hitler?" mit einem Aufkleber mit dem Text "Stoppt die DVU-Faschisten" zu überkleben. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß wir als Demokraten, als Gewerkschafter und Antifaschisten geradezu verpflichtet sind, den Neonazis und ihrer Propaganda ganz entschieden entgegenzutreten. Es war im Interesse der Wahrung des Ansehens unserer Stadt München, das Verbot zu fordern und dafür aktiv zu handeln. Es war und ist

im Interesse der Verteidigung der Demokratie, jedes Auftreten von Faschisten zu verhindern.

Beim Überkleben der Plakate wurden wir von der Polizei angehalten und darauf hingewiesen, daß das Überkleben von Plakaten "Sachbeschädigung" sei, und damit nicht erlaubt. Im Gespräch mit den beiden Beamten hatten auch sie nichts gegen die Forderung auf dem Überkleber einzuwenden, meinten jedoch, sie wären gezwungen, eine Anzeige in die Wege zu leiten.

Die Polizei setzte daraufhin ihre Ermittlungen in Gang ohne juristische Notwendigkeit. Staatsanwaltschaft und Polizei informierten die "Geschädigten" -die DVU- und forderten sie zu Klage auf. Erst durch die selbständigen Aktivitäten von politischer Polizei und Staatsanwaltschaft wurde es der DVU ermöglicht gegen Sachbeschädigung zu klagen.

Wir halten dies für eine offene Parteinahme durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

Die Folge: Wir bekamen zusammen einen Strafbefehl über DM 2.400,--!
Wir sind angeklagt 3 Plakate der DVU "sachbeschädigt" zu haben.

Formaljuristisch haben wir wohl die Plakate der DVU "beschädigt". Wir wissen aber auch, daß nach dem Grundgesetz fachistische Propaganda verboten ist. Daran haben wir uns gehalten, weil wir diesen antifaschistischen Auftrag an alle Bürger wichtiger halten als die Unberührtheit von 3 Nazi-Plakaten.

Das außerordentlich hohe Strafmaß steht in keinem sachlich zu begründenden Verhältnis zu dem tatsächlichen "Schaden". Wir sind unzweifelhaft politisch verurteilt worden. Es soll an uns ein Exempel statuiert werden zu Gunsten der DVU - gegen die Antifaschisten.

Ein Vergleich, der deutlich macht, wie undemokratisch und nazifreundlich diese Strafe ist:

Die Süddeutsche Zeitung berichtete, daß eine ehemaliger SS-Mann wegen Beihilfe zum Mord an 900 Menschen zu 2 Jahren auf Bewährung (!) und lächerlichen DM 5.000,-- verurteilt worden ist. Ein Faschist und Massenmörder bekommt seine Freiheit und eine vergleichsweise lächerliche Geldstrafe, während 2 Antifaschisten DM 2.400,-- für drei Überkleber zahlen sollen!

Die Proteste der demokratischen Öffentlichkeit in München und in Bayern hatten Erfolg. Die Stadt erließ ein Verbot, die zuständigen Gerichte bestätigten das Verbot. Auch in Starnberg wurde eine Ausweichveranstaltung der DVU untersagt. Nur in Fürstenfeldbruck meinte der dortige CSU-Landrat Gottfried Grimm, ein Verbot der DVU-Veranstaltung sei nicht notwendig, obwohl ihm bekannt war, daß die CSU in München durch ihren Sprecher Zehetmeier ebenfalls ein Verbot der Veranstaltung gefordert hatte.

Wir halten dieses Urteil für einen Skandal. Wir verlangen, daß Staatsanwaltschaft und Gericht das Verfahren sofort einstellen.

Wohin soll das führen, wenn Antifaschisten wegen ihres demokratischen Einsatzes gegen Neonazis bestraft werden? Können wir es zulassen, daß die Justiz sich wie schon einmal in der Weimarer Republik und unter dem Faschismus auf die Seite der Faschisten stellt? Sollen wir es hinnehmen, wenn Staatsanwaltschaft und Gericht behaupten, es sei im öffentlichen Interesse, die Nazis zu schützen und die Antifaschisten zu bestrafen?

Darum bitten wir alle Demokraten, Antifaschisten, besonders all diejenigen, die im vorigen Jahre so unmissverständlich und konsequent das Verbot der DVU-Veranstaltung gefordert haben, und jetzt zu unterstützen.

Dabei geht es weniger um unsere Person, sondern in erster Linie um unsere gemeinsame Sache: Die Verteidigung der Demokratie gegen das Erstarken der Neonazis.

Fordern Sie mit uns die Einstellung des Verfahrens, schreiben Sie entsprechend an das Gericht und lassen Sie uns auch wissen, daß Sie sich für diese gerechte Sache einsetzen.,

C. u. M.L.

Bitte richten Sie die Protestbriefe mit der Forderung nach Einstellung des Verfahrens an die angegebene Adresse des Gerichts. Und bitte lassen Sie uns auch wissen, wenn Sie ein entsprechendes Schreiben an das Gericht geschrieben haben.

Das Verfahren liegt beim Amtsgericht München, Postfach 8 München 35 und trägt das Aktenzeichen 441 Cs 113 Js 5879/77 ab.

Dokumentation über die Anklage der faschistischen Deutschen Volksunion (DVU) gegen zwei Demokraten, die wegen Überklebens von Nazi-Plakaten zu 2400,-DM verurteilt werden sollen.

zu beziehen für DM 1,- über
H. Jacobi, Martin-Greif-Str. 3
8000 München 2

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ein
Jahresabonnement des
**DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES**

DM 8,- habe ich überwiesen /
liegen in Briefmarken bei

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

senden an:

Heinz Jacobi,
Martin-Greif-Straße 3, 8 Mü 2

**DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST**

ABONNEMENTS:

Jahresabonnement DM 8,-
Postscheckkonto Jacobi,
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte. Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:

Heinz Jacobi, 8000 München 2, Martin-Greif-Straße 3
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag